



Rechtsextremismus

- **Rechtsextremisten versuchen Corona-Krise für ihre Zwecke zu instrumentalisieren**
- **Zentrale Rolle des Internets für die Radikalisierung bislang nicht sceneangehöriger Personen**
- **AfD-Teilorganisation „Der Flügel“ erklärt ihre Auflösung nach Einstufung als gesicherte extremistische Bestrebung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz**

1. Rechtsextremismus und Corona-Pandemie

Verschwörungsmymen mit Bezug zum Rechtsextremismus

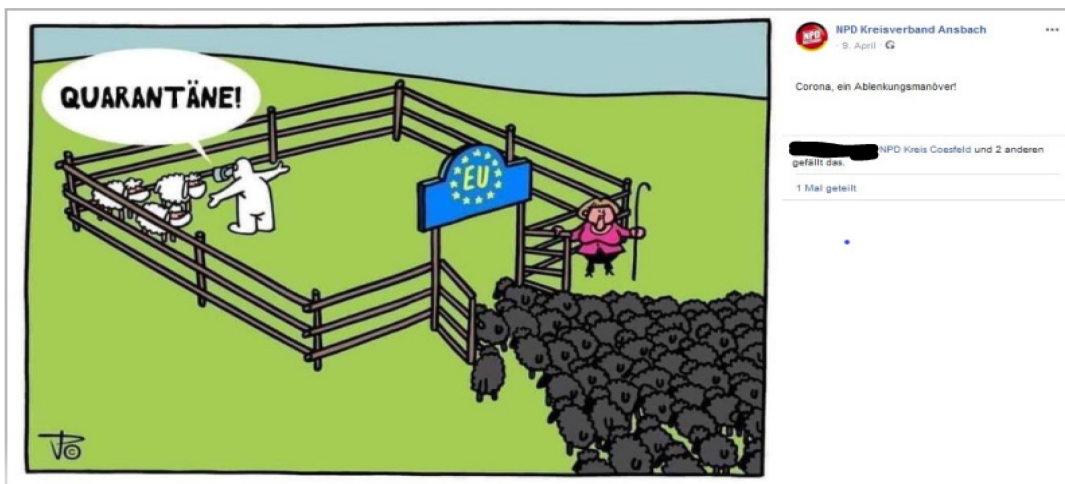
Rechtsextremisten versuchen sich die Corona-Krise zu Nutze zu machen. Sie positionieren sich zu diesem Thema und versuchen, ihren Standpunkt medienwirksam und milieuüberschreitend zu inszenieren, um so Sichtbarkeit in der Debatte insgesamt zu erzielen. Derzeit lässt sich erkennen, dass rechtsextremistische Akteure in zunehmendem Maße Verschwörungsmymen aufgreifen bzw.



verbreiten. Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie ist die Verbreitung von Verschwörungsmymen, vor allem im Internet, stark angestiegen.

Durch die Verbreitung von Verschwörungsmythen wollen Rechtsextremisten auch bei Personengruppen Gehör finden, die bislang durch offen rassistische und fremdenfeindliche Agitation nicht ansprechbar waren. Sie nehmen die Pandemie zum Anlass, um mit Hilfe von Verschwörungsmythen das Vertrauen in die Regierung zu untergraben und Untergangsszenarien zu entwerfen, um so Zustimmung zu extremistischen Positionen zu erzeugen.

Rechtsextremisten verbreiten insbesondere Verschwörungsmythen, die Schuldzuweisungen an Asylbewerber, Migranten bzw. Juden enthalten. So wird über soziale Medien die Darstellung verbreitet, dass die Ausgangsbeschränkungen in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie Ablenkungsmanöver seien, um heimlich die Zahl der Immigranten in der EU zu erhöhen. Es würde durch die Regierung ein „neues 2015“ heraufbeschworen und im Schatten der Corona-Pandemie eine große Zahl „illegaler Einwanderer“ ins Land gebracht.



Screenshot oben: BayLV

Unter Schlagwörtern wie „Corona-Diktatur“ oder „Quarantäne-Diktatur“ wird Regierungsverantwortlichen und staatlichen Stellen unterstellt, sie würden die Corona-Pandemie dazu ausnutzen, um die Bürger zu entrechten und zu überwachen. Es werde dabei, so die Darstellung von Rechtsextremisten, bewusst gegen die Interessen des „deutschen Volkes“ gehandelt. So fände grundsätzlich eine Ungleichbehandlung der „Deutschen“ gegenüber Migranten statt. Die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) behauptete beispielsweise am 5. April in einer Twitter-Meldung, dass die im Rahmen der staatlichen Corona-Bekämpfungsmaßnahmen verhängten Freiheitsbeschränkungen auch über die Corona-Krise hinaus aufrechterhalten werden würden.

Vereinzelte propagieren Rechtsextremisten auch, dass das Corona-Virus gezielt in Umlauf gebracht worden wäre: Das Virus diene der Auslöschung der indigenen Bevölkerung oder der Einschränkung von Bürger- und Freiheitsrechten und solle zur Begründung der Abschaffung von Bargeld herangezogen werden. Darüber hinaus konnte die Verbreitung von Verschwörungsmythen um Bill Gates festgestellt werden. So posteten beispielsweise der Bundesverband der NPD und der NPD-Kreisverband Neumarkt und Amberg Beiträge, die sich gegen angeblich durch Bill Gates angestrebte Zwangsimpfungen richten. Auch der identitäre Rapper Chris Ares agitierte am 6. Mai in einem Facebook-Posting gegen Bill Gates und einen vermeintlich bevorstehenden Impfwang.

Das vom Bundesamt für Verfassungsschutz als Verdachtsfall eingestufte „Compact“-Magazin behandelte wiederholt das Thema Corona. Dabei wurden auch derzeit in Umlauf befindliche Verschwörungsmythen bedient, darunter auch solche mit antisemitischen Elementen. So wird in einem Artikel unter der Überschrift „Die Corona-Simulation“ ein Zusammenhang zwischen Bill Gates und George Soros hergestellt, die in der Gesundheitspolitik gemeinsame Sache machen würden. Auf der Titelseite der Ausgabe 6/2020 ist Bill Gates mit einer Spritze in der Hand dargestellt, daneben das Titel-Thema „Der Impf-Diktator. Wie gefährlich ist Bill Gates?“



Der Impf-Diktator: COMPACT 6/2020

Screenshot oben: Abgerufen am 09.07.2020 unter <https://www.youtube.com/watch?v=8sh5FnHeg3A&list=PLPY93jZMySI1kuTz-jvW9hg2yFRQ0T8mi&index=3&t=0s>

Ein weiterer Verschwörungsmythos, der derzeit auch in rechtsextremistischen Kreisen teilweise aufgegriffen wird, ist „QAnon“ („Q“). Er stammt ursprünglich aus den USA und gewann im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie auch in Deutschland an Bedeutung. Der Urheber des „QAnon“-Verschwörungsmythos veröffentlichte erstmalig im Oktober 2017 vermeintlich exklusive Informationen, wonach der US-amerikanische Präsident einen internen Krieg gegen den „Deep State“, den „Tiefen Staat“ und einen damit zusammenhängenden Pädophilenring

führe. Die Bezeichnung „Q“ stammt aus der Anlehnung an die „Q Clearance“, die höchste Freigabestufe für geheime Informationen des US-Energieministeriums, die der anonyme Poster angeblich besitze. Der Pädophilenring, so die Darstellung von „Q“, habe in den letzten Jahrzehnten die Unterstützung von zahlreichen Prominenten, Bankern und einer politischen Elite gefunden. Dem Verschwörungsmythos zufolge würden Kinder entführt und in unterirdischen Lagern gefoltert und ermordet, um ein Lebenselixier aus ihnen zu gewinnen, das sogenannte „Adrenochrom“.



Die Anhänger der „QAnon“-Erzählung diskreditieren u.a. ihnen unliebsame politische Entscheidungsträger als Marionetten einer angeblich weltweit operierenden Schattenregierung. Sie nehmen dabei Bezug auf antisemitische Verschwörungsmotive wie die Weltverschwörung einer jüdischen Finanzelite und greifen die ebenfalls antijüdisch konnotierte Ritualmordlegende auf. Sowohl im virtuellen Raum als auch in einzelnen Fällen bei realweltlichen Kundgebungen sind „Q“-Anhänger inzwischen anzutreffen. Das ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass es sich bei „Q“ um einen dynamischen und interaktiven Verschwörungsmythos handelt. Seine Anhänger deuten aktuelle gesellschaftsrelevante Ereignisse wie die derzeitige Pandemie-Krise fortlaufend im Sinne des Verschwörungsnarrativs um und erreichen so, dass „Q“ weiterhin Aufmerksamkeit und Reichweite generiert.

Neben der Verbreitung von Verschwörungsmythen wird in der rechtsextremistischen Szene auch Widerstand gegen eine vermeintliche „Corona-Diktatur“ diskutiert. Zusätzlich zum Aufruf zum Widerstand lassen sich in der rechtsextremistischen Szene auch bei Einzelpersonen Überlegungen feststellen, die auf eine Intensivierung und Beschleunigung der Krise abzielen. Bezugnehmend auf das aus dem akademischen Diskurs stammende Konzept des „Akzelerationismus“ wird dabei das Ziel verfolgt, die Corona-Krise und die damit einhergehende Verunsicherung in der Bevölkerung für eine Radikalisierung der Gesellschaft und die Destabilisierung des politischen Systems auszunutzen.

Zu den Mitteln einer gewaltfreien Umsetzung dieses Konzepts zählen unter anderem Desinformationskampagnen und das Verbreiten von Verschwörungsmythen.

Darüber hinaus eignet sich das Konzept jedoch auch zum Aufruf und zur Legitimation von Sabotage-Aktionen und rechtsterroristisch motivierten Anschlägen. Die Corona-Krise kann dabei als Gelegenheitsfenster für gewaltsame Aktionen verstanden werden, die darauf abzielen, die Demokratie in einer ohnehin als angespannt wahrgenommenen Phase weiter zu destabilisieren oder gar zu beseitigen. Folglich kann der Akzelerationismus auch als Begründung oder Rechtfertigung sogenannter „Tag-X-Aktionen“ genutzt werden, die darauf abzielen, einen vermeintlichen Zerfallsprozess des politischen Systems durch eigenes Handeln noch zu beschleunigen.

Während sich Teile der rechtsextremistischen Szene im virtuellen Raum verschwörungsmythischer Elemente bedienen und so zu deren Verbreitung beitragen, beteiligten sich Rechtsextremisten lediglich vereinzelt an realweltlichen Veranstaltungen zum Thema Corona. Zwei der zahlreichen wiederholt stattfindenden Corona-Veranstaltungen in Bayern, in Deggendorf und Hilpoltstein, wurden durch Rechtsextremisten geleitet bzw. veranstaltet. Darüber hinaus konnte eine maßgebliche Beeinflussung der Proteste durch Rechtsextremisten nicht festgestellt werden.

2. Online-Radikalisierung ohne realweltlichen Kontakt zur Szene

Im letzten Jahr fiel der Kasseler Regierungspräsident einem Anschlag zum Opfer. Derzeit steht eine als Rechtsextremist bekannte Person als mutmaßlicher Täter vor Gericht. Der versuchte Anschlag auf die Synagoge in Halle a.d. Saale und die Tötungsdelikte in Hanau haben gezeigt, dass jedoch auch bislang nicht in der rechtsextremistischen Szene in Erscheinung tretende Personen Radikalisierungsprozesse durchlaufen können, die bis hin zur Begehung schwerer Gewalttaten führen. Das Internet spielt bei solchen Radikalisierungsprozessen, die von einer realweltlichen rechtsextremistischen Szene losgelöst sind, eine zentrale Rolle. Häufig werden täglich viele Stunden im virtuellen Raum verbracht.

Propagandistisch wirkende rechtsextremistische Organisationen und Einzelakteure haben sich darauf eingestellt, dass das Internet heute einen wesentlichen Raum in privater Lebensführung, Freizeitgestaltung und Informationsverhalten einnimmt. Ihre Auftritte in sozialen Medien sind inzwischen fester Bestandteil ihrer Kommunikationsstrategie. Dabei beabsichtigen sie, sowohl mit ihren Anhängern zu kommunizieren als auch Interessenten und Sympathisanten zu gewinnen. Das Internet und insbesondere soziale Netzwerke bieten ihnen erleichterte Zugangsbedingungen zu einem heterogenen Empfängerkreis.

Personen, die sich viele Stunden täglich im Netz bewegen, kommen so fast unausweichlich mit Positionen in Kontakt, die möglicherweise nicht auf den ersten Blick als rechtsextremistisch erkennbar sind und zudem aufgrund punktueller Überprüfbarkeit vordergründig plausibel erscheinen.

Die Radikalisierung im Netz wird dabei noch befördert durch kognitive Verzerrungen, die für menschliches Kommunikations- und Informationsverhalten generell feststellbar sind:

- ➔ Je öfter Menschen etwas hören, desto glaubwürdiger erscheint es ihnen. Bestimmte Behauptungen werden von Rechtsextremisten deshalb immer wieder geteilt und verbreitet.
- ➔ In der Informationsflut selektiert der Mensch die ihn bestätigenden Informationen und ignoriert eher die Widerlegungen. Dies ist als „Bestätigungsfalle“ bekannt und wird zudem durch die Algorithmen und Filterblasen der sozialen Netzwerke verstärkt.

Die vermeintliche Anonymität des Internets begünstigt zudem die Entstehung verbaler Radikalität und das Außerachtlassen von Grundregeln des menschlichen Zusammenlebens. Debatten zu aktuellen Themen werden über alle Phänomenbereiche hinweg emotional und zum Teil mit einer Schärfe geführt, bei der die Schwelle zur Strafbarkeit mitunter deutlich überschritten wird. Die Beiträge umfassen Drohungen, Nötigungen, Verunglimpfungen, extremistische Inhalte sowie unverhohlene Aufrufe zu Straf- und Gewalttaten. Solch eine von Gewalt und Hass geprägte Sprache ist grundsätzlich dazu geeignet, ein Klima zu schaffen, in dem Hemmschwellen zur Gewaltanwendung sinken. Das Gesagte und Geschriebene wird

schließlich auch als das Machbare bzw. das Gebotene angesehen oder, wenn andere entsprechend handeln, zumindest gebilligt. Verbal ausgelebte Gewaltphantasien können dadurch von einem selbst oder von Dritten als vermeintliche Rechtfertigung von realer Gewalt interpretiert werden. Gewalt und Anschläge erfahren im Nachhinein teilweise Lob und die Täter Anerkennung.

Zwar gehen die zustimmenden Kommentare nur von einzelnen aus, diese können aber die Stimmung prägen und von Nachahmern als ermutigend empfunden werden, da zumindest kritische Stimmen oft ausbleiben. Diskutanten mit kontroverser Haltung werden mit verbaler Aggressivität ausgegrenzt, Gegenargumente oder Sichtweisen, die nicht dem eigenen Weltbild entsprechen, von vornherein abgelehnt. Da in diesen virtuellen Zirkeln folglich weitgehend gleichgelagerte Wortmeldungen ausgetauscht werden und mitunter nur wenig Widerspruch hierzu geäußert wird, erscheinen auch extreme Positionen als deckungsgleich mit der angenommenen Mehrheitsmeinung. Dies wird dadurch verstärkt, dass Teilnehmer in den betreffenden Zirkeln fast ausschließlich zustimmende Kommentare oder gar Rückmeldungen erhalten, die häufig einen noch schärferen Ton anschlagen. Dies kann zur Folge haben, dass sich Personen ermutigt fühlen, selbst zur Tat zu schreiten. Dies gilt nicht zuletzt für Personen, die bereits psychopathologische Auffälligkeiten zeigen. Entsprechende Radikalisierungsprozesse stellen die Sicherheitsbehörden vor besondere Herausforderungen im Hinblick auf die Identifizierung der häufig nur anonym im virtuellen Raum aktiven Personen sowie die Erstellung von Prognosen, zu deren weiterem Entwicklungsweg und möglichen gewalttätigen Aktivitäten.

3. Ergebnisse rechtsextremistischer Parteien und Wählergruppierungen bei der Kommunalwahl 2020

Am 15. März fanden in Bayern in 71 Landkreisen, 25 kreisfreien Städten und über 2.000 Gemeinden Kommunalwahlen statt. Dabei traten auch einzelne Personen und Gruppierungen an, die dem Beobachtungsauftrag des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz (BayLfV) unterliegen.

So traten in München die „Bürgerinitiative Ausländerstopp München“ (BIA-München) und in Nürnberg die „Bürgerinitiative A (BIA) e.V. Nürnberg“ (BIA-Nürnberg)

zur Wahl an. Bei beiden Organisationen handelt es sich um rechtsextremistische Tarnorganisationen der NPD. So rief der Nürnberger NPD-Kreisverband im Wahlkampf dazu auf, die „Nürnberger Heimatliste“ der BIA zu wählen. Auch der NPD-Landesverband Bayern empfahl auf Facebook die Wahl der beiden BIA's.

Die „BIA-München“ war seit 2008 durch Karl Richter im Stadtrat vertreten. Richter ist Vorsitzender der BIA-München und war bis zu seinem Rücktritt im Oktober 2014 auch Landesvorsitzender der NPD. Bei der Kommunalwahl 2020 schloss die BIA-München ein Wahlbündnis mit „PEGIDA-München – zur Förderung staatsbürgerlicher Anliegen e.V.“ (PEGIDA-München) und deren Vorsitzenden Heinz Meyer.



Bild oben: BayLfV

Meyer sollte dabei als Oberbürgermeisterkandidat antreten. Allerdings wurde er am 4. Februar durch einstimmigen Beschluss des Gemeindevwahlausschusses der Landeshauptstadt München von der Oberbürgermeisterwahl mit der Begründung ausgeschlossen, Meyer biete nicht die Gewähr, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten. Entscheidungserheblich waren unter anderem Strafgerichtsurteile gegen Heinz Meyer. Die Beschwerde der „BIA-München“ wegen Nichtzulassung des Wahlvorschlags zur Oberbürgermeisterwahl wies der für Kommunalwahlen in Oberbayern zuständige Beschwerdeausschuss als unbegründet zurück.



So trat die „BIA-München“ lediglich mit einer Liste, angeführt von Karl Richter, bei der Stadtratswahl an. Sie erreichte 0,2% der Stimmen, Richter verpasste damit den Wiedereinzug in den Münchner Stadtrat.

Auch die bisherigen Stadträte der „BIA-Nürnberg“, Ralf Ollert und Fridrich Luft, konnten ihre Sitze im Nürnberger Stadtrat mit 0,6% der Stimmen nicht verteidigen. Damit sind beide kommunalen Wählervereinigungen nicht mehr in den jeweiligen Stadträten vertreten.

Knapp einen Monat nach der Kommunalwahl erklärte Karl Richter am 9. April auf Facebook nach 15 Jahren seinen Austritt aus der NPD und begründete dies auch mit dem schlechten Abschneiden bei den letzten Wahlen:

„Die NPD ist heute kein ernstzunehmender politischer Faktor mehr. Nichts spricht dafür, dass sie es je wieder sein wird. Wer heute etwas für Deutschland tun will, dem gibt die NPD dafür kein wirksames Instrument mehr an die Hand; nicht erst die letzten Wahlkämpfe machten auch mir das auf ernüchternde, ja bestürzende Weise deutlich.“

Den Vorsitz der „BIA-München“ hat Richter jedoch weiterhin inne.

Im oberfränkischen Scheßlitz gelang es einem Aktivisten der neonazistischen Kleinstpartei „Der Dritte Weg“ (III. Weg), sich unerkannt als Kandidat auf Platz 4 einer unabhängigen Wählerinitiative aufstellen zu lassen. Nachdem die politische Ausrichtung des Kandidaten durch einen Medienbericht bekannt geworden war, distanzierten sich die übrigen Kandidaten der Liste deutlich von dem Aktivisten des „III. Weg“. Eine Streichung des Rechtsextremisten von der Liste war jedoch aus rechtlichen Gründen nicht mehr möglich. Allerdings wurde er auf den letzten Listenplatz gestellt und von der Wählerinitiative nicht mehr beworben. Bei der Kommunalwahl erhielt der „III. Weg“-Aktivist schließlich 133 Stimmen, belegte den letzten Platz auf der Liste und erhielt damit kein Mandat im Stadtrat.

Dagegen gelang es Peter Seefried, einem früheren NPD-Mitglied, für die „Bürgerinitiative Wertingen“ (BIW) wieder in den Stadtrat von Wertingen einzuziehen. Die BIW erhielt 6,3% der Stimmen, womit ein Sitz auf sie entfiel. Zudem wurde Seefried als Kandidat des Kreisverbandes Dillingen der Partei „Die Republikaner“ in den Kreistag von Dillingen gewählt, wo die Partei 2,2% der Stimmen und damit einen Sitz erhielt.

Die BIW ist Anfang der 2000er Jahre aus einer Initiative gegen den geplanten Bau einer Moschee in Wertingen entstanden und seit 2002 durch Seefried im Stadtrat von Wertingen vertreten. Die BIW und der Kreisverband der Partei „Die Republikaner“ im Raum Dillingen a.d. Donau werden dem rechtsextremistischen Netzwerk in Nordschwaben zugerechnet. Zu diesem gehören zudem der inzwischen nicht mehr



online verfügbare Blog „Brennpunkt Nordschwaben“ und das Projekt „Heimat Nordschwaben“. Auf der Kreistagsliste des Kreisverbands der Partei „Die Republikaner“ im Raum Dillingen a.d. Donau kandidierten bei den bayerischen Kommunalwahlen auch Aktivisten der „Identitären Bewegung“ in Schwaben. Das rechtsextremistische Netzwerk versucht, sich einen bürgerlichen Anstrich zu geben und kommunalpolitische Arbeit, wie die Beschäftigung mit ökologischen und landwirtschaftlichen Themen, in den Vordergrund zu stellen.

Im Übrigen errangen auch mehrere Kandidaten der AfD, die aufgrund von Bezügen zu den Beobachtungsobjekten „Junge Alternative“ und „Der Flügel“ bzw. als Einzelpersonen unter Beobachtung stehen, kommunale Mandate. Die AfD selbst ist kein Beobachtungsobjekt des BayLfV.

4. Auflösung der parteiinternen Sammlungsbewegung „Flügel“

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) stufte am 12. März den „Flügel“ mit seinen bundesweit etwa 7.000 Mitgliedern als eine gesichert rechtsextremistische Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ein. Das BfV nannte als Grund insbesondere fortlaufend neue Aussagen von Funktionären und Anhängern des „Flügels“ gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, insbesondere gegen Menschenwürde, Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip. Laut BfV sei zudem die zentrale Bedeutung der rechtsextremistischen Führungspersonen des „Flügels“, Björn Höcke und Andreas Kalbitz, gestiegen und der „Flügel“ vernetze sich stärker im rechtsextremistischen Spektrum.

Im Nachgang zur Entscheidung des BfV beschloss der AfD-Bundesvorstand am 21. März mehrheitlich, dass sich der „Flügel“ bis zum 30. April auflösen soll. Am 24. März teilte der „Flügel“ im sozialen Netzwerk Facebook mit, dass Björn Höcke und Andreas Kalbitz dem Wunsch des AfD-Bundesvorstands nachkommen und alle Personen, die sich der „Interessengemeinschaft“ zugehörig fühlen, dazu auffordern, bis zum 30. April ihre Aktivitäten im Rahmen des „Flügels“ einzustellen.

Die Internetseite des „Flügels“ sowie dessen Facebook-Profil und Youtube-Kanal sind seit Mai nicht mehr aufrufbar. Mit der Abschaltung der offiziellen Internetpräsenzen setzte der „Flügel“ seine Auflösung zumindest in formaler Hinsicht um. Inwieweit sich Nachfolgeaktivitäten mit Bezug zum formal aufgelösten „Flügel“ außerhalb bzw. innerhalb der AfD entwickeln, steht gegenwärtig nicht fest. Die Facebookseite und die Facebook-Gruppe der „AfD-Flügelfreunde Meitingen u. Umland“, die über Schwaben hinaus bundesweit rund 40 Mitglieder umfasst, blieb auch nach der formalen Selbstauflösung des „Flügels“ weiterhin bestehen.

Situation in Bayern

Dem „Flügel“ konnte in Bayern zuletzt ein Potenzial von etwa 130 Anhängern zugerechnet werden. Zusätzlich war von einem nicht bezifferbaren Sympathisantenumfeld innerhalb der AfD und in sozialen Netzwerken auszugehen. Offizielle Strukturen des „Flügels“ in Bayern waren nicht bekannt. Eine als Funktionär des AfD-Kreisverbands Aichach-Friedberg bekanntgewordene Person war für organisatorische Angelegenheiten des „Flügels“ bayerischer Ansprechpartner und hatte für den 11. Januar zu einem Neujahrsempfang mit Björn Höcke, Andreas Kalbitz und Überraschungsgästen eingeladen. Für die Veranstaltung wurde in einer geschlossenen Facebook-Gruppe mit Bezug zum „Flügel“ sowie durch die „AfD-Flügelfreunde Meitingen u. Umland“ geworben. Auch Björn Höcke postete die Veranstaltung am 4. Januar auf seinem Facebook-Profil und warb um Teilnehmer, *„Nächste Woche bin ich in Bayern unterwegs – Noch sind Plätze frei, also schnell anmelden ...“*. Nachdem der vorgesehene Veranstaltungsraum nicht mehr zur Verfügung stand, musste der Neujahrsempfang jedoch abgesagt werden.

Am 14. Februar fand in Kulmbach eine öffentlich zugängliche Wahlkampfveranstaltung der AfD mit Björn Höcke als Hauptredner statt. Die Veranstaltung ist unter erheblichem Einfluss des „Flügels“ stehend zu bewerten. Björn Höcke trug am Revers seines Sakkos einen Anstecker mit einem „Flügel“-Symbol.

Eine Rednerin brachte die Leugnung des Holocaust, welche in Deutschland den Straftatbestand der Volksverhetzung nach § 130 StGB erfüllt, in einen relativierenden Zusammenhang mit der sogenannten „Klimaleugnung“. Sie beklagte u.a. die vorgebliche Stigmatisierung von Personen als „Klimaleugner“ und zog hierbei Parallelen zum Umgang mit Holocaustleugnern, den sie indirekt mitbeklagte. Die Person suggerierte im Verlauf ihrer Rede, dass sie die Stigmatisierung von sogenannten „Klimaleugnern“ ebenso ablehnt wie die strafrechtliche Behandlung von Holocaustleugnern. Ihre Ausführungen waren dabei geprägt von einem Duktus, der typisch ist für rechtsextremistische und geschichtsrevisionistische Agitationsmuster.

Björn Höcke rekurrierte in seiner Rede u.a. auf die innerhalb des neurechten Diskurses bedeutsamen Begriffe „Selbstbefreundung“ und „Schleusenzeit“:

„Wir Deutschen brauchen Selbstbefreundung, damit in diesem Lande endlich wieder etwas praktiziert wird, was in jedem anderen Land der Welt eine Normalität ist. Nämlich eine Politik, die die Interessen des eigenen Landes und Volkes definiert und sie im Ausgleich mit den Partnern auch durchsetzt. Punkt. Ohne Selbstbefreundung, was für ein schöner Begriff. Ohne Selbstbefreundung, liebe Freunde, haben wir keine Zukunft. Aber genau das ist es, was wir als AfD wollen. Was wir als bürgerlich-patriotische Partei selbstverständlich wollen, wir wollen Deutschland nicht abschaffen, wir wollen Deutschland nicht überwinden, wir wollen die deutsche Kultur nicht schreddern oder in einem Multikultieinheitsbrei aufgehen lassen, wir wollen eine freie und selbstbestimmte und natürlich deutsche Zukunft in der Mitte Europas. [...]

Es bewegt sich was in Deutschland. Ich habe das Gefühl, dass wir in einer Schleusenzeit stehen. Es ist so, liebe Freunde, am Anfang sieht man gar nicht, dass die Sanduhr beziehungsweise der Inhalt der Sanduhr sich merklich in seinem Volumen verändert. Am Anfang scheint gar nichts zu passieren, aber auf einmal, da rutscht es durch. Und ich glaube, wir sind in dieser Schleusenzeit angekommen, liebe Freunde. Und das ist gut für unser Land.“

Es ist davon auszugehen, dass die Begriffe „Selbstbefreundung“ und „Schleusenzeit“ im neurechten Kontext als Euphemismen bzw. Chiffre für extremistische Ziele und strategische Konzepte fungieren. Das Konzept der „Selbstbefreundung“ wird in einschlägigen neurechten Strategiebeiträgen etwa als Freundschaft zu Identität

und Volk, als Durchsetzung von Identität und Volk sowie einem damit einhergehenden Abschied von bestehenden Institutionen umschrieben. In der Gesamtschau ist „Selbstbefreundung“ daher als verharmlosende Umschreibung der Absicht, ein ethnisch homogenes Volk zu schaffen, einzuschätzen. Der Einzelne tritt dabei gegenüber dem Kollektiv – in Höckes Verständnis dem schützenswerten deutschen Volk – in den Hintergrund, die Ausgrenzung von nicht diesem Kollektiv zugehörigen Personen wäre eine der Konsequenzen. Unter „Schleusenzeit“ ist im neurechten Kontext der diagnostizierte Niedergang des Staates zu verstehen verbunden mit dem Aufbruch zu etwas Neuem, das sich gegen die vermeintliche Auflösung des deutschen Volks richtet. Der Begriff „Schleusenzeit“ kann auch als „Umsturzeit“ umschrieben werden.

5. Rechtsextremistische Veranstaltungen in der realen und virtuellen Welt

Musikveranstaltungen wie Konzerte und Liederabende fanden im ersten Halbjahr 2020 infolge der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden behördlichen Auflagen kaum statt.

Noch vor den Beschränkungsmaßnahmen feierten am 10. Januar Mitglieder der Skinheadkameradschaft „Voice of Anger“ in ihrem Clubheim in Memmingen mit Livemusik. Die NPD führte am 1. Februar einen Redner- und Liederabend mit sieben Teilnehmern in Murnau durch.

Für den 18. Januar hatte der rechtsextremistische Aktivist, Patrick Schröder, eine Veranstaltung seines Medienprojekts „FSN“ („Frei Sozial National“) im Bereich Nordbayern angekündigt. Schröder betreibt von seinem Wohnsitz in der Oberpfalz aus seit 2012 das Projekt „FSN-TV“. Dabei handelt es sich um eine Kombination von Internet-Radio, Blog und Web-TV. Daneben versorgt er seine Kundschaft über das Modelabel „Ansgar Aryan“ mit szenetypischer Kleidung und Artikeln. Seit den 1990er Jahren fiel er immer wieder als Funktionär der NPD, aber auch als Organisator mehrerer rechtsextremistischer Events und Konzerte auf.

Als Veranstaltungsprogramm war neben einer Podiumsdiskussion und Vorträgen auch ein Liederabend eingeplant, bei dem der rechtsextremistische Liedermacher Frank Rennicke hätte auftreten sollen. Rennicke, einer der bekanntesten rechtsextremistischen Liedermacher in Deutschland, verbindet mit Schröder die Nähe

zur NPD. Er tritt immer wieder bei Veranstaltungen der NPD auf und war für diese bereits mehrfach Kandidat zur Wahl des Bundespräsidenten. Mit seinen Liedern ist er auch auf mehreren sogenannten „Schulhof-CDs“ der Partei vertreten. Er tritt im ganzen Bundesgebiet auf.

Durch Zusammenarbeit des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz (BayLfV), der Polizei und der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) konnte der Veranstaltungsort in Unterfranken aufgefunden werden. Dabei stellte sich heraus, dass ein Gaststättenbetreiber in gutem Glauben einen Veranstaltungsraum zur Verfügung gestellt hatte. Nachdem der Gaststättenbetreiber über den eigentlichen Charakter der Veranstaltung in Kenntnis gesetzt wurde, zog er die Nutzungszusage zurück und die Veranstaltung fand nicht statt.

Online-Vermarktung rechtsextremistischer Musik: das Beispiel „Chris Ares“

Gerade vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie kommt der Vermarktung rechtsextremistischer Musik über das Internet derzeit eine besondere Bedeutung zu. Dies zeigt sich insbesondere am Beispiel des rechtsextremistischen Rappers Christoph Zloch, der seine Musik unter dem Künstlernamen „Chris Ares“ verbreitet und zusammen mit dem identitären Aktivist Kai Naggert das Musik-Label „NDS - Neuer Deutscher Standard“ betreibt.

Ares steht der rechtsextremistischen „Identitären Bewegung“ (IB) nahe. In Liedtexten, Musikvideos und Vlogs verbreitet er deren Symbolik und Ideologie. Im Video



zum Song „Machtwechsel“, das Ares am 30. Januar auf YouTube eingestellt hat, zeigt er eine Oberarm-Tätowierung in Form eines in einen Kreis eingeschriebenen Lambdas, wie es die IB als Logo verwendet. Im Text des Videos propagiert Ares zudem den rechtsextremistischen



Screenshot oben BayLfV

Verschwörungsmythos des sogenannten „Großen Austauschs“ und bedient damit ein zentrales Ideologem der IB, wonach die „einheimische Bevölkerung“ in Europa im Zuge eines von politischen Eliten vorangetriebenen Migrationsplans durch Migranten verdrängt werden solle. Darüber hinaus nutzt er im Song „BRDigung“ beispielsweise mit dem Verweis auf den amerikanisch-ungarischen Milliardär jüdischen Glaubens, George Soros, antisemitische Codes. Ares unterstellt Soros indirekt, dieser würde im Geheimen Pläne verfolgen, die die Erzeugung einer „Mischrasse“ beabsichtigten. Die dabei zum Ausdruck kommende Imagination jüdischer Macht ist kennzeichnend für antisemitische Propaganda.

Zur Verbreitung derartiger Songs nutzt Ares die Video-Plattform YouTube. Seine Musik ist darüber hinaus bei iTunes und Google Play erhältlich. Der Musikstreamingdienst Spotify hat inzwischen die Musik von Ares von seiner Plattform entfernt. Im Online-Shop des Arcadi-Verlags werden neben der Musik von Chris Ares Fan-Artikel wie beispielsweise ein T-Shirt mit der Aufschrift „CRS ARS“ angeboten.

Um seine Songs und Musikvideos zu bewerben, nutzt Ares insbesondere soziale Medien. Er betreibt Profile auf Facebook, Instagram und Telegram. Zudem nutzt er seinen YouTube-Kanal nicht nur für die Verbreitung von Musikvideos, sondern lädt dort auch Vlogs und Live-Videos hoch, in denen er unter anderem für seine Musik wirbt und mit Fans in Kontakt tritt.

Bei der virtuellen Verbreitung seiner Musik profitiert Ares auch von seiner Vernetzung in der rechtsextremistischen Szene. So veröffentlichte Martin Sellner, der führende Aktivist der rechtsextremistischen IB im deutschsprachigen Raum, am 12. Mai auf seinem YouTube-Kanal, „*Martin Sellner Live!*“, ein Interview mit Chris Ares. In dem 70-minütigen Video wird insbesondere das für Anfang Juli angekündigte neue Album als „*metapolitischer und musikalischer Coup*“ beworben.

Chris Ares sucht auch außerhalb der rechtsextremistischen Szene nach musikalischen Kooperationspartnern. Im Dezember 2019 kündigte ein Münchner Rapper, der in der Vergangenheit auf YouTube reichweitenstarke Musik-Videos mit Bezug zur Ultra-Szene des FC Bayern München herausgegeben hatte, auf seinem Instagram-Account für das Jahr 2020 an, gemeinsam mit Chris Ares Musik veröffentlichen zu wollen. Auf Facebook teilte er ein Bild, auf dem er gemeinsam mit Ares in

einem Tonstudio zu sehen ist. Eine gemeinsame Musikveröffentlichung konnte jedoch bisher nicht festgestellt werden.

Die Ankündigung gemeinsamer musikalischer Aktivitäten mit dem Münchner Rapper, dessen Musik bis dahin keine rechtsextremistischen Inhalte aufwies, ist als Versuch von Ares zu werten, seine eigene Reichweite zu erhöhen und neue Zielgruppen zu erschließen, die bislang keinen Kontakt zur rechtsextremistischen Szene und deren Musikangeboten hatten. Dies gilt auch für seine Ankündigung, mit einem bekannten deutschen Soul-Musiker kooperieren zu wollen.

6. Aktivitäten der „Identitären Bewegung“

Die „Identitäre Bewegung“ (IB) führte im ersten Halbjahr 2020 in Bayern nur eine Transparentaktion durch. Im Januar beteiligten sich Aktivisten der IB Bayern an einer bundesweiten Kampagne der IB gegen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Die bayerischen Aktivisten zeigten vor dem Hauptsitz des Bayerischen Rundfunks in München ein Transparent mit der Aufschrift „Heute schon Gehetzt? Gegen zwangsfinanzierte Propaganda“.



Screenshot oben: Abgerufen am 09.07.2020 unter https://twitter.com/ib_bayern/status/1220457797441282049/photo/1

Aufhänger für die Kampagne der IB war das Lied „Oma ist 'ne alte Umweltsau“, das am 27. Dezember 2019 im WDR ausgestrahlt wurde. Rechtsextremistische Akteure nahmen das Lied zum Anlass, um Stimmung gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu machen. Ähnliche Aktionen der IB fanden an Medienhäusern in

Braunschweig, Greifswald, Saarbrücken, Stuttgart und Ulm statt. Medial verbreitet wurden die Aktionen mittels des Hashtags #umweltsau auf den Social-Media Plattformen Twitter und Instagram.

Darüber hinaus beteiligten sich bayerische IB-Aktivisten an Aktionen der IB Schwaben in Stuttgart. So führte die IB Schwaben dort am 8. März eine Solidaritätsaktion für Griechenland durch. Sie zeigten ein Transparent mit der Aufschrift „Solidarität mit den Verteidigern Europas“ und schwenkten griechische Fahnen. Griechenland hatte seine Grenzen zur Türkei geschlossen, nachdem der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan die Grenze für Flüchtlinge geöffnet hatte. Die IB feierte Griechenland für seine harte Haltung gegenüber der Türkei und die Schließung ihrer Grenzen. Aktivisten der IB, darunter auch der führende IB-Aktivist im deutschsprachigen Raum, Martin Sellner, begaben sich kurzzeitig nach Griechenland und forderten vor Ort eine weitere Schließung der Grenzen.

Bayerische Aktivisten waren auch an einer Aktion der IB Schwaben am Haus des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) in Stuttgart beteiligt. Mit ihrer Aktion protestierte die IB gegen einen Angriff auf Mitglieder der Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ am 16. Mai, bei dem ein Gewerkschaftsmitglied lebensgefährlich verletzt wurde. Die IB schreibt die Verantwortung für den Angriff Linksextremisten zu. Dem DGB unterstellen die IB-Aktivisten eine Unterstützung von Linksextremisten. Am 30. Mai entrollten sie am DGB-Haus in Stuttgart ein Banner mit der Aufschrift „DGB hat mitgeschossen!“ und verschütteten rote Flüssigkeit. Im Anschluss verbreitete die IB die Aktion in den sozialen Netzwerken und veröffentlichte u.a. ein Video dazu.

Grundsätzlich lässt sich für das erste Halbjahr 2020 feststellen, dass der Aktivismus der IB in Bayern deutlich zurückgegangen ist. Für diese Entwicklung dürften mehrere Gründe ausschlaggebend sein. So verminderten die Beschränkungsmaßnahmen infolge der Corona-Pandemie die Möglichkeiten für öffentlichkeitswirksame Aktionen, insbesondere auch für die Durchführung von Infoständen in Fußgängerzonen, wie sie im Laufe des letzten Jahres vor allem die IB Schwaben mehrfach organisiert hatte. Hinzu kam eine massive Verschiebung der öffentlichen Aufmerksamkeit hin zum Themenkomplex Corona. Andere Themen, wie insbesondere die für die IB grundlegende Thematik Flucht und Migration, wurden hierdurch überlagert.

Aber auch im virtuellen Raum ist die Aktivität der IB in Bayern zurückgegangen. So postete etwa die IB Bayern bislang lediglich einen Beitrag auf Twitter. Die Twitteraktivitäten der IB Schwaben gingen parallel zu deren realweltlichem Aktivismus zurück, da dort vornehmlich Bilder und Berichte zu eigenen Aktionen gepostet wurden. Die Webseite der IB Schwaben befindet sich schon seit längerer Zeit im Wartungsmodus und ist bis auf die Startseite nicht aufrufbar. Die stärksten Aktivitäten der drei bayerischen IB-Ableger im Internet entfaltete das Twitter-Profil der IB Franken, vorwiegend allerdings durch das Retweeten oder Kommentieren anderer Posts. Eigene Posts wurden demgegenüber nur selten veröffentlicht.

Derzeit ziehen die Solidaritätsdemonstrationen im Zusammenhang mit dem Tod des Afroamerikaners George Floyd infolge von Polizeigewalt in Minneapolis, die an vielen Orten in Deutschland stattfinden, auch die Aufmerksamkeit der rechtsextremistischen Szene auf sich. Führende Aktivisten der IB äußern sich in sozialen Netzwerken negativ dazu. Der gegen Rassismus gerichteten „Black lives matter“-Bewegung setzen Rechtsextremisten eigene rassistisch motivierte Slogans wie „#itsoktobewhite“ entgegen.

Am 20. Juni veranstalteten Aktivisten der IB Bayern eine Kundgebung, über die auf der Homepage der Gruppierung unter dem Titel *„European Lives Matter - Unsere Stimme für die Vergessenen“* berichtet wurde. Die IB Bayern wollte mit der Aktion den Eindruck erwecken, dass es in Deutschland einen *„Ausländerbonus“* in der Kriminalitätsbekämpfung gebe und deutscher Opfer von Gewaltverbrechen nicht gedacht würde. Sie versuchte so, Vorurteile gegenüber Personen mit Migrationshintergrund zu schüren und den Rechtsstaat in Verruf zu bringen.



Linksextremismus

- **Hemmschwelle gegenüber der Gefährdung von Leib und Leben von Personen sinkt**
- **Zunehmend werden auch Vertreter der Medien zum Ziel links-extremistischer Übergriffe**
- **Die linksextremistische Szene verstärkt in der Corona-Krise ihre Agitation gegen den „Repressionsstaat“**

1. Entwicklung der Gewaltbereitschaft im Linksextremismus

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wurden im ersten Halbjahr 2020 insgesamt 399 linksextremistisch motivierte Straftaten erfasst, darunter 22 Gewalttaten¹ (Vorjahreszeitraum: 379 linksextremistisch motivierte Straftaten, davon 30 Gewalttaten). Somit ist trotz der pandemiebedingten Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen für 2020 im Vergleich zum Vorjahr nicht mit einem erneuten Rückgang der Gesamtzahl linksextremistischer Straftaten zu rechnen. Zudem nimmt die Qualität (d. h. die Schwere) linksextremistischer Straftaten eher zu- als ab. Es mehren sich nicht nur die Sachbeschädigungen mit zum Teil enormen Schadenssummen, vielmehr sinkt auch die Hemmschwelle, Leib und Leben von Personen, auch Unbeteiligten, zu gefährden.

¹ Für das Jahr 2020 kann es noch zu Veränderungen betreffend die Fallzahlen kommen. Entsprechend sind die Fallzahlen für das Jahr 2020 als vorläufig zu betrachten.

Straftatenüberblick

- Am 19. Februar brannten zwei zu einer Mobilfunkanlage gehörende Trafokästen in Unterhaching. In der Nähe des Brandorts konnte zudem ein weiterer, nicht umgesetzter Brandsatz aufgefunden werden. Der Sachschaden beläuft sich auf ca. 12.000 Euro. Trotz des Brands war die Mobilfunkanlage weiter funktionsfähig. Der Brandanschlag wurde am 23. Februar auf der Webseite des anarchistischen Wochenblattes „Zündlumpen“ kommentiert. Für den Autor besteht ein Zusammenhang zwischen Mobilfunktechnik und staatlicher Überwachung bzw. Kontrolle, weshalb er den Brandanschlag begrüßt.
- Am 20. März wurde im Nürnberger Szeneviertel Gostenhof ein PKW in Brand gesetzt. Der PKW brannte vollständig aus, es entstand ein Sachschaden in Höhe von 12.000 Euro. Noch am selben Tag veröffentlichten Unbekannte unter dem Pseudonym „Gostenhofer Kiezmiliz“ auf de.indymedia.org ein Bekenner schreiben. Grund für den Brandanschlag seien demnach Aufkleber des Reservistenverbands der Bundeswehr am Heck sowie eine „Bullenuniform“ im Kofferraum des PKW gewesen.
- Anfang April setzten Unbekannte in München insgesamt drei E-Scooter in Brand. E-Scooter sind immer wieder Ziel von Sachbeschädigungen. Hintergrund könnte ein Artikel des „Zündlumpen“ zum Thema „E-Scooter“ sein. Dort heißt es: *„E-Scooter sind keine Bereicherung für unser Leben, sie sind nichts als Müll und der billige Versuch das Netz der Überwachung in unseren Städten zu verfeinern.“*
- In der Nacht zum 19. April bewarfen Unbekannte ein Polizeidienstgebäude in München mit Eiern und einem Nebelwurfkörper.
- Am 9. Mai wurden drei Polizeifahrzeuge auf dem Gelände des Aus- und Fortbildungszentrums der Bundespolizei in Bamberg in Brand gesetzt. Um auf das Gelände zu gelangen, verschafften sich die unbekannt Täter gewaltsam Zugang, indem sie einen Zaun beschädigten. Es entstand ein Sachschaden in Höhe von ca. 20.000 Euro.
- In der Nacht zum 22. Mai verschafften sich Unbekannte Zugang zu einem Gelände des Bayerischen Rundfunks und setzten einen Funkmast in Brand. Es entstand ein erheblicher Sachschaden. Aufgrund des Brands

kam es zeitweise zu Beeinträchtigungen im Mobilfunknetz. Der Sendebetrieb des BR wurde nicht beeinträchtigt.

Der Angriff dürfte im Zusammenhang mit einer internationalen Kampagne gegen den 5G-Mobilfunkstandard stehen. Vor allem in Großbritannien, den Niederlanden und auf Zypern wurden seit April immer wieder 5G-Sendemasten in Brand gesetzt.



Bild links: BayLTV

- Am 29. April wurde über die linksextremistische Szeneplattform de.indymedia.org eine Anleitung zur Zerstörung von Mobilfunkmasten veröffentlicht. Zum 1. Mai wurde diese auch auf der Webseite des „Zündlumpen“ geteilt. Damit verbunden war der Aufruf zu einem „gefährlichen Mai 2020“, der ebenfalls im Zündlumpen und auf de.indymedia.org veröffentlicht wurde. Hier wird dazu aufgerufen, die „komplexe Situation“ in der Corona-Pandemie zu nutzen, um z. B. Übertragungsantennen zu zerstören.

Die Autoren nehmen den 5G-Mobilfunkstandard als Bedrohung wahr, weshalb sie dazu aufrufen, die Sendemasten niederzubrennen:

„Ohne 5G können die Regierungen und Unternehmen dieses Planeten ihre Technik-Gefängnis-Welt, die dazu dient uns alle zu kontrollieren nicht aufbauen. Das ‚Internet der Dinge‘, ‚Smart Cities‘, Datenüberwachung, autonome Roboter, Fahrzeuge und Drohnen, all diese Sachen benötigen die totale Vorherrschaft der 5G-Technologie. Wenn du das nicht willst, dann hast du jeden Grund diese Technologie auf den Grund niedergebrannt zu sehen.“

Sinkende Hemmschwelle

Das Aggressionspotenzial der gewaltbereiten linksextremistischen Szene ist seit Jahren hoch. Die Hemmschwelle, auch schwere Straftaten zu begehen, sinkt.

Dies zeigt sich vor allem in der zunehmenden Verrohung der Sprache.

Linksextremistische Publikationen wie das anarchistische Wochenblatt „Zündlumpen“ fordern immer wieder zur Begehung von Straftaten auf. Dabei nehmen sie die

Schädigung von Leib und Leben anderer Menschen nicht nur billigend in Kauf, sondern begrüßen diese ausdrücklich. So heißt es in der Ausgabe 57 des Magazins zum Thema „Corona“:

Zündlumpen

Anarchistisches Wochenblatt

*„Ein kleiner Trost dabei bleibt, dass sich die Bull*innen bei dieser Tätigkeit, die sie einer Infektion stärker aussetzen wird, als viele andere, hoffentlich reihenweise Coronainfektionen einfangen werden; Mit etwas Glück mit schwerem Verlauf.“*

Straftaten werden von Teilen der linksextremistischen Szene längst nicht mehr als Grenzüberschreitung, sondern als legitimes und notwendiges Mittel im politischen Kampf wahrgenommen. Von der Polizei wegen Straftaten festgenommene Aktivisten werden durch Organisationen wie „Rote Hilfe e. V.“ (RH) unterstützt, die nicht nur rechtlichen Beistand, sondern auch Unterstützung durch Prozesskostenbeteiligung, Prozessbegleitung und Spendensammlungen verspricht. Dabei solidarisiert sich die RH mit den Tätern und präsentiert diese als Opfer eines angeblich „repressiven“ Staates. Die vorgeworfenen Taten werden stark verharmlost oder ins Lächerliche gezogen. Allein im Februar 2020 bewilligte RH bundesweit 98 Unterstützungsanträge in Höhe von 61.137,08 Euro.

Neue Ziele linksextremistischer Gewalt

Der große Rückhalt innerhalb der linksextremistischen Szene sowie die sinkende Hemmschwelle führen dazu, dass gewaltbereite Linksextremisten immer mehr Grenzen überschreiten.

Dabei richten sich linksextremistische Agitationen längst nicht mehr nur gegen den „klassischen“ politischen Gegner wie zum Beispiel Rechtsextremisten oder gegen Repräsentanten des Staates. Immer wieder werden auch Einzelpersonen z. B. aufgrund von Äußerungen, wegen ihres Berufs oder der Teilnahme an einer Veranstaltung gezielt ausgesucht und angegangen. Zuletzt standen sogar Presseangehörige im Fokus linksextremistischer Gewalttäter.

Am 25. Januar fand in Leipzig eine Demonstration gegen das Verbot der linksextremistischen Plattform linksunten.indymedia statt. An der Demonstration nahmen bis zu 1.600 Menschen teil. Die Stimmung war aggressiv, es wurden bengalische

Feuer gezündet sowie Böller, Nebeltöpfe, Feuerwerkskörper und Steine geworfen. Insgesamt wurden 13 Polizisten verletzt und sechs Verdächtige festgenommen. Aus dem Demonstrationzug heraus wurden immer wieder Journalisten und Passanten attackiert, die fotografieren oder filmen wollten.



Bild oben: picture alliance/Sebastian Willnow/dpa-Zentralbild/dpa

Während die linksextremistische Szene auf der einen Seite auf die Aufmerksamkeit der Medien zur Verbreitung ihrer politischen Ansichten angewiesen ist, bergen Bilder und Videos von Demonstrationen für linksextremistische Straftäter auch ein gewisses Entdeckungsrisiko. Zudem werfen Linksextremisten vor allem den öffentlich-rechtlichen Medien vor, sich in ihrer Berichterstattung zu sehr an Polizeiberichten zu orientieren und so deren „Falschbehauptungen“ zu übernehmen. Vor diesem Hintergrund versuchen sie, ihre Übergriffe gegen die Vertreter der freien Presse zu rechtfertigen. Eine weitere Folge des wachsenden Misstrauens gegenüber den Medien ist das vermehrte Veröffentlichen eigener Berichte und Publikationen. So wollen Linksextremisten ihre eigene Sicht der Abläufe bei Veranstaltungen transportieren und eine Gegenöffentlichkeit schaffen.

Am 1. Mai wurde in Berlin nach einer sog. „Hygiene-Demonstration“ ein siebenköpfiges ZDF-Team von 15-20 verummten Personen angegriffen. Zu einem derartigen Angriff kam es in Bayern bislang nicht. Jedoch begrüßen Angehörige der bayerischen linksextremistischen Szene solche Angriffe. Am 6. Mai wurde der Angriff auf der Webseite des „Zündlumpen“ mit den folgenden Worten kommentiert: „Schön, dass die bürgerliche Presse mal wieder eins aufs Maul bekommen hat.“

2. Theoretischer und praktischer Umgang mit der Coronakrise

Diskussion über Krisenursachen

Um den Ursprung des Corona-Virus ranken sich diverse Verschwörungsmymen, an denen sich auch Teile der linksextremistischen Szene beteiligen. Gerade die autonome und anarchistische Szene geht davon aus, dass das Virus vom „Repressionsstaat“ nur als Vorwand für weitere „Unterdrückungsmaßnahmen“ genutzt werde. So heißt es in einem auf der Szeneplattform de.indymedia.org veröffentlichten Artikel, *„der Ausnahmezustand [löse] den ausgelutschten Terrorbegriff der Bourgeoisie als normalisiertes Mittel der Politik ab[...], um weiterhin von Oben treten zu können“*.

Im anarchistischen Blatt Zündlumpen wird folgendermaßen argumentiert:

„Was nicht bezweifelt werden kann ist, dass andere staatliche und nichtstaatliche Akteure versuchen die Krise zu ihren Vorteil auszunutzen, um ihre eigenen Pläne durch eine unkonventionelle und stille Kriegsführung vorwärts zu bringen. [...] Das ist die ‚Verschwörungstheorie‘ – dass die Reichen und Mächtigen sich zusammen verschwören um ihre eigenen Ziele zu erreichen, – es war schon immer so, und, solange wir nichts dagegen unternehmen, wird es auch immer so bleiben.“²

Die linksextremistische Szene ist sich einig, dass das Corona-Virus nicht der Auslöser der aktuellen Krise ist. So argumentiert eine Szeneveröffentlichung:

„Steigende Mieten, Arbeitsüberlastung für die einen – Hartz IV für die anderen, weniger Lohn für Frauen, Kriege um Rohstoffe und eine Umwelt, die langsam aber sicher kollabiert: Der Kapitalismus hat für die meisten von uns auch vor Corona mehr schlecht als recht funktioniert.“

Nach dieser Sichtweise ist das Virus nur „Brandbeschleuniger“ in einem ohnehin schon kriselnden kapitalistischen System. Er bringe das „kaputtgesparte“ Gesundheitssystem an seine Grenzen und zeige, dass der Politik mehr an der Rettung der Wirtschaft, als an den Menschen gelegen sei. Vor diesem Hintergrund begreift die linksextremistische Szene die aktuelle Situation nicht bloß als Krise, sondern auch als Chance, gegen das System mobil zu machen und einen Systemwechsel herbeizuführen.

² Zündlumpen Nr. 61 (Fehler im Original)

Akzeptanz der staatlichen Maßnahmen

In Bayern, wie auch im restlichen Bundesgebiet, wurden zur Eindämmung der



Corona-Pandemie behördliche Maßnahmen ergriffen, die mit Beschränkungen des öffentlichen Lebens einhergingen. Hierzu zählten Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen.

Die Resonanz der linksextremistischen Szene hierauf ist verschieden. Vor allem die anarchistische und Teile der autonomen Szene rufen zum Widerstand gegen die behördlichen Maßnahmen auf. Sie fordern die Menschen auf, selbst Verantwortung zu übernehmen, Selbsthilfe zu organisieren und eigene Strukturen aufzubauen. Ein Autor auf der Webseite de.indymedia.org rief gar zu Aufständen, Plünderungen und Sabotage auf.

Auch die kommunistische Szene übt Kritik an den staatlichen Maßnahmen. Diese seien primär auf den Schutz der Wirtschaft ausgerichtet. Es seien genügend Geld und Ressourcen vorhanden, um alle Menschen während der Krise vollumfänglich zu versorgen. Ein System, das die Wirtschaft über den Menschen stelle, könne diese Krise nicht bewältigen und gehöre abgeschafft.

Trotz dieser teils scharfen Kritik werden die behördlichen Vorgaben vordergründig auch von der linksextremistischen Szene mitgetragen. Szenetreffe wie das „Kafe Marat“ in München, die „Schwarze Katze“ in Nürnberg, das „Z“ in Rosenheim oder das „LiZe“ in Regensburg schlossen aufgrund der Pandemie. Auch öffentliche Veranstaltungen, wie etwa die jährlich stattfindenden Demonstrationen zum Tag der politischen Gefangenen am 18. März, wurden abgesagt bzw. verschoben.

Grund für die Umsetzung der Maßnahmen seitens der linksextremistischen Szene ist die Solidarität mit sowie der Schutz von Risikogruppen. Dennoch pochen Linksextremisten darauf, dass der politische Kampf trotz der Beschränkungen weitergehen müsse.

Selbstermächtigung und Selbstorganisation

Ausgehend von der These, die staatlichen Maßnahmen seien nur auf die Rettung der Wirtschaft und kapitalistischen Ordnung ausgerichtet, erkennen Akteure der linksextremistischen Szene die Notwendigkeit selbst aktiv zu werden. So fordern

Aktivisten auf einer einschlägigen Webseite:

„Auf die Politik der Herrschenden können wir uns nicht verlassen: nicht in Krisenzeiten wie jetzt, und auch nicht an jedem anderen Tag. Wir sind aufeinander und auf unsere gegenseitige Solidarität angewiesen. Deshalb müssen wir unsere eigenen Strukturen schaffen und [sic!] Gegenmacht zu diesen profitorientierten, mörderischen System aufzubauen. Wir fordern alle auf, dies auch zu tun.“

Hierzu gründen Szeneangehörige neue Projekte, wie z. B. die Initiative „Zukunft erkämpfen“, die ein Solidaritätsnetz mit Schwerpunkt München aufbauen will und zur Selbstorganisation aufruft. Die Initiative



will Strukturen aufbauen und auch unter Corona-Beschränkungen nach Möglichkeiten der politischen Betätigung suchen. Das Ziel von „Zukunft erkämpfen“ ist es, „auch über die Pandemie hinaus die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems aufzuzeigen“. Im Internet und über Plakate im Stadtgebiet München ruft die Initiative zur Teilnahme und Organisation von Nachbarschaftshilfen auf. So möchte die lokale linksextremistische Szene über Solidaritätsaktionen in der Krise ihren Stand festigen und auch über die Krise hinaus neue Mitglieder gewinnen. Um neue Strukturen trotz Kontaktbeschränkungen aufbauen zu können, setzt „Zukunft erkämpfen“ neben dem Verbreiten von Plakaten und Flugblättern vor allem auf die sozialen Medien und den Einsatz von Chatgruppen in Messengerdiensten.



„Zukunft erkämpfen“ ist Teil der bundesweiten Kampagne „#nichtaufunseremrücken“, die den Kapitalismus als Ursache der Krise ausmacht, deren Folgen nun von der Allgemeinheit zu tragen seien. Auf der Webseite der Kampagne

www.nichtaufunseremruecken.noblogs.org sind Aktionen in verschiedenen deutschen Städten, einschließlich München und Nürnberg, aufgelistet. Aufgrund der

veröffentlichten Texte kann eine Nähe zum linksextremistischen Bündnis „Perspektive Kommunismus“ angenommen werden. Diesem 2014 gegründeten, überregionalen Bündnis gehören Gruppierungen aus Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg an, u.a. die in München ansässige „Antikapitalistische Linke München“ (AL-M). Die „Perspektive Kommunismus“ soll sich zu einer „bundesweiten, aktionsorientierten und revolutionären, kommunistischen Organisation“ weiterentwickeln.

Neben der „Perspektive Kommunismus“ beteiligen sich aus Bayern noch die „Sozialrevolutionäre Aktion“ Regensburg sowie die Nürnberger Gruppe „PROLOS“ an der bundesweiten Kampagne.

Protest trotz Beschränkungen

Infolge der Beschränkungen zur Eindämmung der Pandemie durften Versammlungen in Bayern nur unter Einhaltung von Auflagen wie Mindestabstände zwischen Veranstaltungsteilnehmern, Maskenpflicht und beschränkten Teilnehmerzahlen durchgeführt werden. Angesichts dieser Auflagen suchte die linksextremistische Szene nach Ausweichmechanismen, ihren politischen Protest kundzutun.

Hauptmittel waren dabei Banner- und Plakat-Aktionen, bei denen Aktivisten diese gut sichtbar aufhängten oder selbst mit solchen für die sozialen Medien posierten. Beispiele hierfür finden sich u. a. beim „Offen antikapitalistischen Klimatreffen München“³, das im Stadtgebiet München im April und Mai Plakat-Aktionen durchführte. Auch im Rahmen der Kampagnen „#nichtaufunseremrücken“ und „Zukunft erkämpfen“ wurden im April mehrere Banner- und Plakat-Aktionen z. B. in München und Nürnberg durchgeführt.

Andere Aktionen umfassten u. a. unangemeldete Fahrraddemonstrationen wie sie das „Offen antikapitalistische Klimatreffen München“ und die Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ (NIKA) im April und Mai in München durchführten. Am 10. April organisierte die Initiative „Zukunft erkämpfen“ einen politischen Spaziergang in München.

³ Das „Offen antikapitalistische Klimatreffen München“ ist eine linksextremistisch beeinflusste Gruppe, die Klimawandel und Kapitalismus miteinander verknüpft. Zur Bekämpfung des Klimawandels seien demnach grundlegende gesellschaftliche Veränderungen erforderlich. Vor allem die Wirtschaft dürfe nicht mehr profitorientiert ausgerichtet sein, sondern gehöre in die „Hände der Menschen“. Ziel des „Offen antikapitalistischen Klimatreffens München“ ist demnach ein sozialistisches System. Das Klimatreffen steht der linksextremistischen „Antikapitalistischen Linken München“ (AL-M) nahe.

Trotz der Corona-bedingten Beschränkungen und der zu erwartenden Auflagen, wurden zum 1. Mai bundesweit Versammlungen angemeldet. Der Tag hat als „Kampftag der Arbeiterklasse“ für die linksextremistische Szene eine besondere Bedeutung. In Bayern fanden u. a. in Augsburg, Aschaffenburg, Bamberg, Eichstätt, Ingolstadt, München, Nürnberg und Regensburg Kundgebungen und Demonstrationen statt. Wie auch in den Jahren zuvor, verzeichneten die Veranstaltungen in München und Nürnberg die meisten Teilnehmer.

An den insgesamt 9 Veranstaltungen im Nürnberger Stadtgebiet nahmen etwa 500



Bild oben: Polizei

Personen teil. Die zahlenmäßig größte Veranstaltung war der „Revolutionäre Spaziergang“ der „Organisierten Autonomie“. Hier nahmen in der Spitze bis zu 150 Personen teil. Im Rahmen der Veranstaltung kam es immer wieder zu Auflagenverstößen. Anordnungen der Polizei mussten teils mit unmittelbarem Zwang durchgesetzt werden. Eine Person wurde festgenommen. Während der Festnahme kam es zu einem Handgemenge unter Beteiligung von umstehenden Dritten, in dessen Folge ein Polizeibeamter verletzt wurde.

In München fanden anlässlich des Tags der Arbeit drei angemeldete Veranstaltungen statt. An diesen nahmen insgesamt etwa 400 Personen teil. Die Demonstrationen verliefen friedlich. Im Anschluss versammelten sich jedoch bis zu 50 Demonstranten zu einer nicht angemeldeten Demonstration im



Bild oben: BayLfV

Stadtteil Neuperlach. Während der Veranstaltung wurden mehrere Rauchkörper gezündet sowie Banner und Graffiti auf der Demonstrationsroute hinterlassen.

Hygiene-Demonstrationen und Corona-Rebellen

Trotz einiger Skepsis und Kritik gegenüber den staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie positioniert sich die bayerische linksextremistische Szene gegen sog. „Hygiene-Demonstrationen“ und „Corona-Rebellen“. Die Veranstaltungen werden von der linksextremistischen Szene als „rechts“ bzw. „rechtsextremistisch“ verortet. Die linksextremistische Kampagne NIKA hat unter dem Titel „Gegen euch und eure Freunde! – Der Verschwörung von Faschisten und Kapital entgegentreten!“ zum Widerstand gegen diese neuen Bewegungen aufgerufen. Dabei handele es sich um einen *„klassenübergreifenden Zusammenschluss von Liberalen bis hin zu Neonazis. Dazwischen tummeln sich Impfgegner*innen, Hippies, Anhänger von wahnsinnigen Influencern und D-Promis.“*

3. Neue Kommunikationswege

Bereits vor der Corona-Pandemie waren die Möglichkeiten des Internets und insbesondere die Nutzung sozialer Medien wie Facebook, Instagram oder Twitter für die Agitation von Linksextremisten von zentraler Bedeutung. Sie betreiben dort Kampagnenarbeit, vernetzen sich und diskutieren zentrale Themen in offenen und geschlossenen Foren, Chatgruppen und Blogs. Darüber hinaus bieten gerade die sozialen Medien Linksextremisten eine Plattform zur Selbstdarstellung. Die Mehrheit der bayerischen linksextremistischen Gruppen verfügt mittlerweile über professionell anmutende Social-Media-Accounts, über die regelmäßig Artikel, Veranstaltungshinweise und -berichte sowie Bilder geteilt werden.

Dieser Trend hat sich, vor allem auch als Folge der Kontaktbeschränkungen, im Verlauf der Corona-Pandemie nochmals verstärkt. Durch die Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen sind Linksextremisten auf ihre Auftritte in den sozialen Medien angewiesen, um hiermit auf ihre Aktionen und Botschaften, aufmerksam zu machen.

Gruppen wie das „Offen Antikapitalistische Klimatreffen München“, die „Interventionistische Linke“ (IL) oder die Kampagne „#nichtaufunseremrücken“ veröffentlichen daher regelmäßig Bilder und Artikel zu ihren Plakat- und Banneraktionen. Gleich-

zeitig dienen die sozialen Medien aber auch dem Einstieg in weitere Kommunikationskanäle. So nutzen linksextremistische Gruppen und Szenetreffe ihre Accounts, um auf Chatgruppen, Videokonferenzen, Streams und Podcasts aufmerksam zu machen.

Beispiele finden sich bei der linksextremistisch initiierten Kampagne „Zukunft erkämpfen“. Die Kampagne bewirbt über ihren Facebook-Auftritt mehrere von ihr organisierte Live-Streams mit Titeln wie „Klassenkampf in Corona-Zeiten“ oder „Corona-Profiteur Lufthansa? Klassenkampf in der Luftfahrt“.

Auch die IL diskutiert online ihre Haltung zur Corona-Pandemie, dem Ausnahmezustand und den Folgen der Krise. Über die Videoplattform YouTube veröffentlicht die Organisation unter dem Titel „Corona-Talk“ mehrere Videokonferenzen und Podcasts, in denen Mitglieder unterschiedlicher Ortsgruppen und politischer Organisationen gemeinsam diskutieren.

Die bayerische Landesgruppe der „Linksjugend [solid]“ organisierte im April einen wöchentlich stattfindenden Marx-Lesekreis per Videokonferenz. Einzelne Gruppen, wie z. B. das „Offen antikapitalistische Klimatreffen München“ sind sogar dazu übergegangen, ihre regelmäßig stattfindenden Gruppentreffen als Telefon- oder Videokonferenzen durchzuführen.



Aktuelle Entwicklungen im Islamismus

- **IS wandelt sich vom territorialen Kalifat zur terroristischen Untergrundorganisation**
- **Grenzen zwischen legalistischem Islamismus und Salafismus verschwimmen**
- **Salafisten propagieren Corona-Pandemie als Strafe Gottes für die „Ungläubigen“**

1. Salafistische Szene in Bayern

Bundesweit werden dem salafistischen Spektrum aktuell 12.150 Personen zugeordnet (Quelle: Bundesverfassungsschutzbericht 2019). In Bayern liegt das Potenzial derzeit bei 770 Personen. Davon lassen sich ca. 20 % dem gewaltorientierten Spektrum zurechnen.

Durch zahlreiche Maßnahmen der Sicherheitsbehörden in den vergangenen Jahren und die erfolgreiche Eindämmung salafistischer Propaganda jenseits des Internets, wurde ein zunehmender Rückgang öffentlichkeitswirksamer Aktionen salafistischer Akteure festgestellt. In Bayern finden die ehemals weit verbreiteten (Street-)Da'wa-Aktionen nicht mehr statt. Auch Infotische in Fußgängerzonen sind aus den Stadtbildern nahezu verschwunden. Gleiches gilt für mehrtägige Islamseminare und das von Pierre Vogel propagierte „Home-Da'wa“-Projekt.

Die anhaltende Verlagerung salafistischer Missionierungsbestrebungen in den nichtöffentlichen sowie virtuellen Raum hat sich in den letzten Monaten im Zuge der Corona-Pandemie verstärkt. So waren Moscheen über mehrere Wochen komplett geschlossen und Unterrichte konnten nicht durchgeführt werden. Anstatt öffentlicher Auftritte nutzen viele bekannte salafistische Prediger und Organisationen in

Deutschland das Internet, um so über verschiedene Kanäle ihre Botschaften zu verbreiten. Die betreffenden Akteure entwickeln hierbei neue Konzepte: Anhaltender Aktionismus und professionelle Vermarktung im Internet zeigen, dass die Salafisten sehr vielseitig um neue Anhänger werben.

Die Dynamik der Ausreisen von Salafisten aus Deutschland bzw. Bayern in Richtung Syrien und Irak hat weiter deutlich abgenommen. Auch eine verstärkte Ankunft von Rückkehrern ist bislang nicht feststellbar. Details zu Reisebewegungen und Rückkehrern sind anliegender Übersicht zu entnehmen.

Exekutivmaßnahmen

- Am 16. April 2020 wurde eine zum Islam konvertierte Deutsche aus der JVA Aichach entlassen. Sie war im September 2014 zusammen mit ihren Kindern aus Deutschland über die Türkei nach Syrien ausgereist und hatte sich im Einflussgebiet islamistisch-terroristischer Gruppierungen aufgehalten. Sie verbüßte wegen der Entziehung Minderjähriger gemäß § 235 StGB eine dreijährige Haftstrafe.
- Am 29. Januar 2020 wurde ein zum Islam konvertierter Salafist aus Augsburg durch das Oberlandesgericht München wegen Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat in Tateinheit mit der Bildung einer terroristischen Vereinigung gem. §§ 89a, 129a StGB zu einer Haftstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten verurteilt. Im April 2017 fasste er den Entschluss zur Ausreise nach Syrien, um sich dort in einem Ausbildungslager im Umgang mit Schusswaffen ausbilden zu lassen. Nach dem Abschluss seiner Ausbildung beabsichtigte der Mann auf Seiten der jihadistischen Organisation „Hai'at Tahrir al-Sham“ (HTS) den bewaffneten Kampf zu führen. Im Juni 2017 reiste er in die Türkei und wurde beim versuchten Grenzübertritt nach Syrien durch die türkischen Behörden festgenommen und letztlich im Januar 2019 nach Deutschland abgeschoben. Er befand sich seitdem in Untersuchungshaft.
- Das Oberlandesgericht München verurteilte im April 2020 eine 33-jährige deutsche Staatsangehörige wegen der Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung „Islamischer Staat“ (IS) gemäß §§ 89a, 129a StGB zu drei Jahren Freiheitsstrafe. Die Frau reiste im Frühjahr 2016 mit

ihrem Ehemann nach Syrien und später in den Irak, um dort im Herrschaftsgebiet des IS zu leben. Während ihres Aufenthalts im Irak wohnten sie an verschiedenen Orten und bezogen nacheinander Wohnhäuser, die ihnen jeweils vom IS zur Nutzung überlassen worden waren. Die Immobilien hatte der IS unter seine Verwaltung gestellt, nachdem die rechtmäßigen Bewohner vor der terroristischen Organisation geflohen waren. Die Verurteilte kümmerte sich um den Haushalt und ihr neugeborenes Kind, damit ihr Ehemann seine Arbeitskraft uneingeschränkt dem IS zur Verfügung stellen konnte. Sie hatte zeitweilig Zugriff auf zwei vollautomatische Gewehre. Im April 2018 kehrte sie aus dem Irak nach Deutschland zurück, nachdem sie von kurdischen Sicherheitsbehörden des Landes verwiesen worden war. Gegen das im April 2020 ergangene Urteil wurde Revision eingelegt.

2. Die Transformation des IS

Die territoriale Niederlage des IS Ende März 2019 sowie die Tötung des IS-Anführers und selbsternannten Kalifen Abu Bakr al-Baghdadi im Oktober 2019 wirkten auf manche Beobachter wie die unmittelbaren Vorboten der endgültigen Zerstörung und Auflösung der jihadistischen Organisation. Neben territorialen Verlusten schienen die Fälle von jihadistischen Rückkehrern aus den Konfliktgebieten Syrien und Irak in verschiedene westliche Staaten den Eindruck von der Zerstörung des IS zu bestätigen. Doch wird in den vergangenen Monaten zunehmend deutlich, dass der IS nicht vernichtend geschlagen wurde, sondern im Nachgang der militärischen Niederlage in seinem Kerngebiet Syrien und Irak mithilfe einer vielschichtigen Transformation sukzessiv zu neuer Stärke findet.

Während das territoriale Kalifat, die quasistaatliche Entität, die zeitweise signifikante Teile Syriens und des Iraks umfasste, untergegangen ist, gelingt es der jihadistischen Organisation, ihre Binnenstruktur neu auszurichten, ihre Propagandatätigkeit erneut zu intensivieren und zu professionalisieren sowie neue Kämpfer zu rekrutieren.



Bild oben BayLfV; (Das Foto zeigt Anhänger des IS-Wilayat Irak; veröffentlicht auf IS-naher Webseite am 15.5.2020)

Bis auf Weiteres scheint der IS seine frühere Strategie der Etablierung und Ausbreitung eines territorialen Kalifats zurückgestellt zu haben. Stattdessen erfolgte in Strategie und taktischem Vorgehen eine Rückbesinnung auf seine länger zurückliegende Vergangenheit. So konzentriert sich der IS in seinem Kerngebiet Syrien und Irak auf eine Symbiose aus Terrorismus und Kleinkriegsführung (Guerillataktik), mit der er aus dem Untergrund gegen seine unterschiedlichen Feinde vorgeht. Zu letzteren gehören unter anderem al-Qaida sowie syrische, US-amerikanische und russische

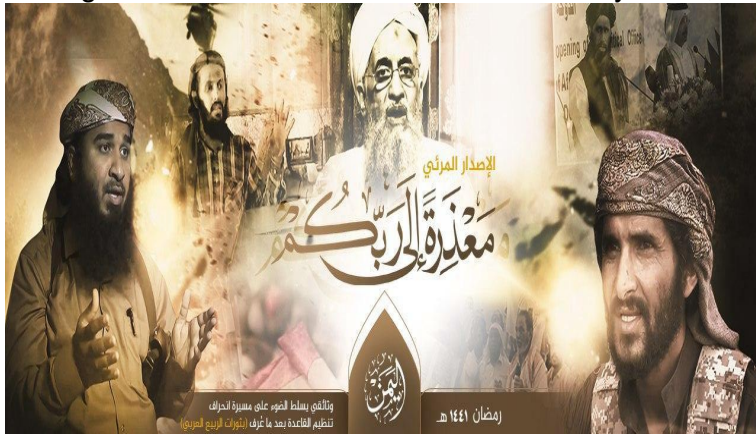


Bild oben: BayLTV; Der Screenshot zeigt ein gegen die konkurrierende al-Qaida gerichtetes IS-Propagandabild

Truppen und Einrichtungen. In diesem Kontext sind die zahlreichen Anschläge zu sehen, die sich trotz des territorialen Niedergangs des IS weiterhin auf hohem Niveau bewegen.

Nach dem Verlust seiner territorialen Strukturen in Syrien und im Irak beschleunigte sich der Prozess der Dezentralisierung des IS. Bereits 2014 hatte der IS Provinzen (arabisch Wilayat), regionale Ableger in der islamischen Welt jenseits seines Kerngebiets, etabliert. Während der Begriff der „Provinz“ territoriale Kontrolle suggeriert, war dies nur partiell und dann auch nur vorübergehend der Fall. Die Etablierung regionaler Ableger diente in den vergangenen Jahren mehreren Zwecken. So sollte es zunächst vor allem Stärke demonstrieren und den Anspruch der Errichtung eines globalen Kalifats unterstreichen. Beides diente der Erzeugung eines Images des scheinbar unaufhaltsamen Aufstiegs der jihadistischen Organisation, was die Rekrutierung neuer Kämpfer aus der ganzen Welt erleichterte und befeuerte. Mit einsetzenden militärischen Niederlagen in seinem Kerngebiet Syrien und Irak ab Sommer 2015, erlangte die Etablierung neuer Provinzen zusätzliche Relevanz für den IS. So versuchte man die Erfolgsgeschichte trotz der sukzessiv rückläufigen territorialen Kontrolle fortzuschreiben. Nach dem gänzlichen Gebietsverlust in Syrien und im Irak im Jahr 2019 wuchs die Bedeutung der zahlreichen Provinzen außerhalb des Kerngebiets noch weiter. Zum einen erlaubt es dem IS sich weiterhin in seiner Propaganda als global tätige Organisation darzustellen, was seine Attraktivität bei potentiellen und bestehenden Anhängern erhöht. Zum anderen schaffen die Pro-

vinzen transnationale Bewegungsräume, teils voneinander unabhängige Finanzierungsmöglichkeiten und ermöglichen den Rückgriff auf neue Rekruten, die sich aufgrund von Distanz und beschränkter Reisemöglichkeiten anderweitig nicht der Organisation angeschlossen hätten.

Während die Wiedererrichtung eines territorialen Herrschaftsgebiets nun nicht mehr das kurzfristige Ziel des IS zu sein scheint, weitet die jihadistische Organisation ihren Operationsradius sowie ihre Anschlagstätigkeit in ihrem Kerngebiet Syrien und Irak erneut aus. Hierbei profitierte der IS jüngst von der aktuellen Corona-Pandemie und dem damit einhergegangenen Teilabzug ausländischer Truppen aus dem Irak. So hat die Anschlagstätigkeit des IS in Iraks Hauptstadt Bagdad in den vergangenen Monaten deutlich zugenommen. Bemerkenswert ist, dass der IS hierbei methodischer und langsamer vorgeht als früher.

Auch propagandistisch strahlt der IS ein neues Sendungsbewusstsein aus. Obwohl in den letzten Jahren die Verbreitung einstiger IS-Hochglanzmagazine eingestellt wurde, mehren sich in jüngster Vergangenheit martialische Verlautbarungen, die vor allem über Telegram-Kanäle ihre Verbreitung finden. Die Bedeutung von Telegram-Kanälen ist in der IS-Propaganda insgesamt deutlich gestiegen. Vor allem in der globalen Corona-Pandemie meldete sich der IS mehrfach über dieses Medium zu Wort.

Mit der erneuten Intensivierung seiner Propaganda versucht der IS, seine vorangegangenen personellen Verluste zu kompensieren. Nachdem Mitte März 2020 ein neues Propagandavideo aus dem IS-Wilayat Kirkuk/Irak auftauchte, folgte bereits zwei Wochen später ein weiteres Video, das durch die IS-Provinz al-Sham/Homs verbreitet wurde. Die Videos unterscheiden sich deutlich von den vergleichsweise amateurhaften Verlautbarungen des Jahres 2019 und knüpfen in ihrer Professionalität an Produktionen aus der Hochphase des IS an. Aus den Propagandaprodukten geht eindeutig die Absicht hervor, auf globaler Ebene Jihadisten anzuwerben. Die Glorifizierung von brutalen Anschlägen und die martialische Zurschaustellung von IS-Einheiten und ihren Waffenarsenalen sollen die Gegner des IS einschüchtern und den bewaffneten Jihad zur Pflicht erklären. Ob diese neue Medienoffensive, die Ende Mai 2020 durch eine Verlautbarung des IS-Sprecher Abu Hamza al-Quarashi fortgesetzt wurde, den IS weiter stärken wird, lässt sich derzeit nicht sagen.

Die Transformation des IS von einem territorialen Kernstaat mit regionalen Ablegern und globaler Anschlagstätigkeit hin zu einer klassischen, aus dem Untergrund tätigen transnational operierenden terroristischen Organisation mit partieller und vorübergehender Gebietskontrolle in einzelnen „Provinzen“ könnte auch längerfristig die Existenz des IS sichern.

3. Verschwimmen der Grenzen zwischen islamistischen Strömungen

In der Beobachtung islamistischer Bestrebungen orientierte sich der Verfassungsschutz traditionell an weitgehend geschlossenen und voneinander getrennten Strömungen. Als bedeutendste Strömungen des Islamismus traten bislang der legalistische Islamismus und der Salafismus in Erscheinung. Im Kern verfolgen beide dasselbe Ziel: Die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und ihr Ersetzen durch eine Rechts- und Gesellschaftsordnung auf Basis ihrer Interpretation des islamischen Rechts, der Scharia.

Unter den Begriff des legalistischen Islamismus fallen unterschiedliche Glaubensrichtungen, die sowohl im sunnitischen als auch im schiitischen Islam ihren Ursprung haben und die durch unterschiedliche geographische und kulturelle Herkunft geprägt sind. Gemein ist legalistischen Islamisten und ihren Organisationen, dass sie nicht gewaltorientiert sind und ihre extremistischen Ziele mit politischen Mitteln innerhalb der bestehenden Rechtsordnung verfolgen. Ihr Bestreben ist es, durch Manipulation und Ideologisierung langfristig eine Umformung des demokratischen Rechtsstaats in einen islamischen Staat zu erreichen. Sie betreiben Lobbyarbeit und versuchen hierdurch Einfluss auf Entscheidungsprozesse in Politik und Gesellschaft zu nehmen.

Im Gegensatz hierzu lehnen Salafisten weltliche Gesetze und das westliche Herrschaftssystem kategorisch als unislamisch ab. Während auch sie bestrebt sind, durch Propaganda Andersgläubige zu missionieren und die Gesellschaft nachhaltig zu verändern, unterscheidet sich ihre Strategie von der der Legalisten. So versuchen Salafisten nicht, das bestehende politische System und das herrschende Rechtssystem von innen heraus zu verändern, sondern distanzieren sich hiervon explizit und werben durch Propaganda, Indoktrination und Angstrhetorik kompromisslos für ein alternatives, vermeintlich gottgefälliges System. Jihadistische Salafisten tun dies insbesondere mittels Androhung und Anwendung von Gewalt.

Ausdifferenzierung und Zusammenwachsen islamistischer Strömungen

Wenngleich legalistische Islamisten und Salafisten das Ziel der Errichtung eines islamischen Staats teilen, ist ihre Vorstellung von diesem Kalifat und dem Weg zu seiner Etablierung sehr unterschiedlich. Aufgrund deutlicher religiös-ideologischer Unterschiede und der gegenseitigen Ablehnung der jeweils anderen Glaubensüberzeugung, bestanden die beiden Strömungen des Islamismus lange Zeit nebeneinander, ohne sich nennenswert zu vermischen.

Abseits ihrer ideologischen Unterschiede finden sich klassischerweise auch in der Außendarstellung und Rhetorik eminente Differenzen zwischen legalistischem Islamismus und Salafismus. Die Sicherheitsbehörden konnten auf Basis dieser Charakteristika Einzelpersonen und Organisationen lange Zeit eindeutig einzelnen islamistischen Strömungen zuordnen. In der jüngeren Vergangenheit zeichnet sich allerdings verstärkt die Tendenz einer Entgrenzung der beiden Bereiche ab; sowohl personell als auch ideologisch finden sich zunehmend Überschneidungen zwischen legalistisch-islamistischen und salafistischen Ideologen und Organisationen, was eine eindeutige Kategorisierung zunehmend erschwert. Hierbei ist keine einseitige Beeinflussung zu beobachten, vielmehr kann von einer wechselseitigen Diffusion gesprochen werden, die im Folgenden beispielhaft veranschaulicht wird:

Salafisten rezipieren zunehmend legalistisch-islamistische Strategieelemente

Vornehmliche Handlungsstrategie klassischer Salafisten ist es, sich deutlich von der „ungläubigen“ Mehrheitsgesellschaft abzugrenzen, was sich u. a. an ihrer Bekleidung und am von ihnen verwendeten Vokabular zeigt. Gemäß des Prinzips von Loyalität und Lossagung (arabisch al-Wala‘ wal-Bara‘) reduzieren Salafisten ihre Kontakte zu Nichtmuslimen auf ein notwendiges Minimum. Nur die muslimische Gemeinschaft (Umma) soll angesprochen werden.

Islamisten des legalistischen Spektrums hingegen konzentrieren sich auf eine öffentliche Einflussnahme mit dem Ziel einer Transformation der Gesellschaft, indem sie an dieser teilhaben und hierbei vermeintlich angepasst auftreten. Dies lässt sich vielfach auch an ihrem der Mehrheitsgesellschaft angepassten Kleidungsstil erkennen. Um ihr Ziel zu erreichen, verzichten legalistische Islamisten auf traditionell-islamistisches Vokabular und greifen auf allgemein islamische oder auch moralisch-emotionalisierende Themen zurück, mit denen sich möglichst viele Menschen identifizieren können.

Da das von Legalisten gepflegte Auftreten eine frühzeitige islamistische Zuordnung erschwert, was weitreichende Frei- und Einflussräume schafft, greifen mittlerweile auch einige Salafisten auf diese Taktik zurück. Sie verlassen ihre bisherige „Komfortzone“, lassen die szenetypische „Salafi-Sprache“ und ihre bislang eng gefasste Zielgruppe hinter sich, um mit unverfänglich wirkenden Inhalten, wie etwa einer Diskussion über die Situation im Nahen Osten oder islamischen Religionsunterricht, möglichst auch Nichtmuslime zu erreichen. Anstelle der bisherigen Kampagnen, wie die Koranverteilaktionen in Fußgängerzonen, werden neue Formate etabliert, die in der Regel von den Protagonisten und Teilnehmern ein höheres intellektuelles Niveau fordern. Dabei werden berufliche und wirtschaftliche Kompetenzen mit ideologischen Zielen verbunden. Ergänzt werden die Aktivitäten um Kooperationen mit Akteuren des nicht-salafistisch islamistischen sowie des nicht-extremistisch muslimischen Milieus. Hiermit sollen salafistische Strukturen fest in der muslimischen Community und in der Zivilgesellschaft etabliert werden. Seit dem territorialen Niedergang des IS in Syrien und im Irak beschleunigt sich dieser strategische Wandel, da die Anziehungskraft von weiten Teilen des Salafismus eng an den Erfolg der terroristischen Organisation geknüpft war. Die Schwächung des IS macht nun neue Attraktivitätsmarker nötig.

Als Beispiel für das Zusammenwachsen der beiden islamistischen Strömungen ist die Agitation des bekannten Salafisten Marcel Krass zu nennen. Dieser hat sich nicht nur vom Äußeren eines klassischen Salafisten verabschiedet, sondern auch sein Vokabular professionalisiert bzw. angepasst. Um seiner Organisation einen legalistischen und beinahe offiziellen Anstrich zu geben, hat Krass auf eine dezidiert salafistische Bezeichnung, wie etwa „Die wahre Religion“, verzichtet und sie schlicht „Föderale Islamische Union“ (FIU) genannt. Hier zeigen sich Ähnlichkeiten zum Vorgehen der Muslimbruderschaft, deren wichtigste und zentrale Organisation in Deutschland inzwischen den Namen „Deutsche Muslimische Gemeinschaft“ (DMG) trägt.

Auf der Webseite der FIU ist zu lesen, dass man das Leben der Muslime in Deutschland islamischer gestalten und sich für mehr muslimische Beteiligung in staatlichen Einrichtungen einsetzen will. Letzteres steht im Grunde im Widerspruch zum salafistischen Grundsatz der Ablehnung nicht-islamischer Staatsstrukturen. Salafistische Forderungen und Bestrebungen werden von Krass mittlerweile grundsätzlich nicht mehr explizit ausgesprochen, sondern finden sich lediglich zwischen den Zei-

len. Das neue Vorgehen ist jedoch nicht als Beleg für eine Abkehr von der salafistischen Ideologie zu sehen. Vielmehr ist es als situationsbedingter Taktikwechsel mit derselben Zielsetzung zu verstehen.

Es lässt sich ein weiterer Wandel in der salafistischen Szene erkennen, der eine partielle Abkehr von traditionell salafistischem Gedankengut und eine Verwischung der Grenzen zum legalistischen Islamismus darstellt. In der salafistischen Ideologie wird fortlaufend betont, dass nationalstaatliche Grenzen bedeutungslos seien und ein „globales Kalifat“ errichtet werden soll. Der IS hat diesen Aspekt zu einem wesentlichen Element seiner Propaganda gemacht und stets damit geworben, dass in seinem territorialen „Kalifat“ nationalstaatliche Zugehörigkeit und daher auch Nationalismus nicht existieren würden. Dies diene insbesondere der internationalen Rekrutierung über nationale, ethnische und kulturelle Grenzen hinweg. Gerade auch Minderheiten mit Diskriminierungserfahrung sollte es motivieren, sich dem IS anzuschließen. In der Realität zeichnen sich mittlerweile dennoch nationale Ausprägungen des Salafismus ab, weshalb heute etwa vom tschetschenisch, türkisch oder kurdisch geprägten Salafismus gesprochen werden kann. Da diese nationalen und regionalen Rückbezüge und Prägungen klassischerweise im legalistischen Islamismus zu verorten sind, ist diese Tendenz ein weiterer Beleg für die Entgrenzung vormals geschlossener Strömungen innerhalb des Islamismus.

Legalistische Islamisten bedienen sich salafistischer Strategieelemente

Legalistische Islamisten haben ihrerseits erkannt, dass die Übernahme der medien- und jugendaffinen Öffentlichkeitsarbeit salafistischer Prediger und Gruppierungen unerlässlicher Baustein zur Erschließung eines erweiterten und generationenübergreifenden Personenkreises ist. Legalistische islamistische Organisationen distanzieren sich damit jedoch nicht von ihrem klassischen Betätigungsfeld der Moschee, was die ältere Generation enttäuschen würde, sondern setzen zusätzlich auf Nachwuchsförderung und die Etablierung vermeintlich unabhängiger Online-Initiativen: Junge Muslime, darunter häufig Konvertiten, treten verstärkt in den sozialen Medien und auf der Videoplattform YouTube auf, sprechen ausschließlich Deutsch und organisieren groß angelegte Hashtag-Debatten – alles grafisch hochwertig untermalt und produziert. In ihrem Auftreten und ihrer Kleidung ähneln sie dabei stark einstigen salafistischen Hauptakteuren wie beispielsweise Pierre Vogel. Auch bei der Themenwahl orientiert man sich vorzugsweise am klassisch-salafistischen Narrativ der muslimischen Opferrolle; vornehmlich werden die Kopftuch-Debatte und die Un-

terdrückung der westchinesischen muslimischen Minderheit der Uiguren thematisiert. Die Verwendung einer spalterischen Sprache in „wir“ (Muslime) und „ihr“ (deutsche Politik und Gesellschaft) unterstreicht dabei den salafistischen Schulterchluss.

Es gibt zahlreiche Beispiele für islamistische Organisationen des legalistischen und des gewaltbefürwortenden islamistischen Spektrums, die in ihrer Propaganda salafistische Elemente übernommen haben. Mit einer starken Onlinepräsenz sind die Initiativen „Realität Islam“ und „Generation Islam“ vertreten, die ideologisch und personell zwar auf die seit 2003 verbotene islamistische und gewaltbefürwortende Organisation „Hizb-ut Tahrir“ (HuT) zurückgehen, sich in ihrem Auftreten und Vokabular jedoch salafistischer Versatzstücke bedienen und dabei auch mit prominenten Salafisten wie etwa Marcel Krass auftreten. Auch die Plattform „Im Auftrag des Islam“, die dem türkisch-islamistischen „Kalifatsstaat“ entstammt, greift auf Salafismus-Elemente zurück und erreicht so eine jugendliche Zielgruppe. Keine dieser Initiativen benennt jedoch die jeweilige Verbindung zur islamistischen Herkunftsorganisation.

Auch bei der türkisch-islamistischen „Furkan-Bewegung“ ist eine Rezeption salafistischer Motive zu erkennen. Zwar ist das Weltbild der „Furkan-Bewegung“ deutlich durch klassisch-islamistische Ideologen wie Hassan al-Banna geprägt, doch zeigt die Organisation in ihrer Außendarstellung und Themenwahl oftmals salafistische Tendenzen.

Die genannten Beispiele machen deutlich, dass die Grenzen zwischen legalistischem (und teils gewaltbefürwortendem) Islamismus und Salafismus zunehmend verschwimmen und sich die einzelnen islamistischen Strömungen gegenseitig beeinflussen und letztlich transformieren können. In Verbindung mit einer zunehmend nationalen bzw. regionalen Prägung kann von einer stetigen Heterogenisierung der islamistischen Szenen gesprochen werden. Im Ergebnis wandeln sich nicht nur die extremistischen Gruppierungen selbst, sondern auch die zugehörigen Einzelpersonen, die sowohl mit legalistisch-islamistischen als auch salafistischen Versatzstücken hantieren und experimentieren. Eine klare Zuordnung zu den einzelnen islamistischen Strömungen kann somit nicht immer eindeutig getroffen werden. Die übergeordnete Zielsetzung und das verbindende Kernelement der Errichtung eines Scharia-basierten Staats bleiben dabei weiterhin bestehen, einzig die Akzente, Sprachbilder und Aktionsformen sind einem Wandel unterlegen.

4. Sakrale Umdeutung der Corona-Pandemie durch salafistische und jihadistische Akteure

Die Reaktionen islamistischer Akteure auf die Corona-Pandemie fallen sehr unterschiedlich aus. Seit dem Ausbruch der Pandemie melden sich vereinzelt Wortführer aus der islamistischen Szene zu Wort. Hierbei zeigen sich in den Verlautbarungen signifikante Unterschiede zwischen legalistischen Islamisten einerseits und Salafisten, insbesondere jihadistischen Salafisten, andererseits.

Legalistische Islamisten gaben bislang weitestgehend neutrale Verlautbarungen zum Thema Coronavirus ab, forderten ihre Anhänger dazu auf, die staatlichen Einschränkungen einzuhalten und reagierten ihrerseits mit Hygieneempfehlungen.

Die Stellungnahmen von Protagonisten der salafistischen und vor allem der jihadistischen Szene zeichnen jedoch ein anderes Bild. Diese versuchen in ihrer Deutung der Pandemie bestehende Rechtfertigungsmuster zu wiederholen, was an das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Szene appellieren und neue Anhänger mobilisieren soll. Salafisten nehmen eine sakrale Umdeutung der Corona-Pandemie vor. In ihrer Gedankenwelt sind alle Ereignisse vorherbestimmt und auf den Willen Gottes zurückzuführen. Vor diesem Hintergrund betrachten sie die Pandemie als die Strafe Gottes für die „Ungläubigen“, die die wahren Muslime verfolgen und den Islam zu zerstören versuchen würden. Insbesondere Jihadisten bezeichnen das Coronavirus oftmals als „Soldaten Allahs“, der die Ungläubigen im Kampf gegen die wahren Muslime schwächen soll.



Bild oben: BayLfV; IS-Propaganda-Bild

Der Abfall vom „wahren Glauben“ und die unterstellte Missachtung islamischer Normen dient Salafisten dazu, die Pandemie mit ihren Auswirkungen auf die Existenz „unislamischer“ Gesellschaften und Staaten zurückzuführen sowie ihre Demokratiefeindlichkeit in neuem Gewand propagan-

distisch zu verbreiten. Den Umstand, dass die Vereinigten Staaten und Teile Europas stark von der Pandemie betroffen sind, deuten salafistische Akteure als weiteren Beweis für ihr Narrativ der göttlichen Strafe.

Dieses Argumentationsmuster bildet innerhalb der salafistischen Ideologie eine Traditionslinie. Der Anlass hierzu ist beinahe beliebig austauschbar, d. h., spektakuläre terroristische Anschläge mit hohen Opferzahlen, Wirtschaftskrisen, Naturkatastrophen oder eben Pandemien werden als Beweise vermeintlicher göttlicher Bestrafung gedeutet. Das Narrativ des strafenden Gottes ist ein wesentliches Element der salafistischen Ideologie, dient es doch als argumentative Grundlage für ihren exklusiven Absolutheitsanspruch.



Bild oben: BayLfV; Der Screenshot aus einem IS-Video stellt einen Gewalt- und Tötungsaufwurf dar; der arabische Text bedeutet in etwa: „So schlägt ihre Hälse/Nacken“.

Der Sprecher des IS, Abu Hamza al-Qurashi, äußerte sich Ende Mai 2020 über die IS-Medienstelle „al-Furqan“ und bezeichnet die Corona-Pandemie als Strafe Allahs für die Feinde des IS, für die „ungläubigen Kreuzritter“ die den IS bekämpften.

Ungeachtet der Feindschaft zwischen den beiden jihadistischen Gruppierungen, kommt „al-Qaida“ zu einer weitgehend übereinstimmenden Bewertung der Corona-Pandemie. Auch „al-Qaida“ wertet das Coronavirus als Strafe Gottes für die Missachtung islamischer Regeln und die Bekämpfung „der Muslime“, womit die Jihadisten gemeint sind. „Al-Qaida“ reagierte auf die weltweiten Quarantäne-Maßnahmen pragmatisch und forderte die Muslime dazu auf, die Zeit der Einschränkungen zur Beschäftigung mit dem Islam zu nutzen.

Die syrische jihadistische Gruppierung „Hai'at Tahrir al-Sham“ (HTS) empfahl in einem Schreiben umfangreiche Hygienemaßnahmen. In Konsequenz sollen in der

umkämpften syrischen Provinz Idlib, der Hochburg der Gruppierung, Moscheen desinfiziert worden sein.

Die Reaktionen salafistischer Akteure in Deutschland sind nicht einheitlich. Der salafistische Prediger Pierre Vogel äußert sich beim Thema Coronavirus vorsichtig und sprach lediglich die Empfehlung aus, das Gebet während des Fastenmonats Ramadan im Privaten zu verrichten.

Dagegen nutzt etwa der in der salafistischen Gefangenenhilfe aktive Bernhard Falk (alias Muntasir bi-llah) die Corona-Pandemie im Sinne einer sakralen Umdeutung für seine Propaganda. Bei Falk handelt es sich um einen salafistischen Konvertiten, der in den 1990er Jahren als Linksextremist und verurteilter Linksterrorist bekannt war und inzwischen bekennender Anhänger von „al-Qaida“ ist. Falk engagiert sich über seinen FB-Account „FALK Nachrichten“ stark für die Gefangenenhilfe, indem er Namen von Inhaftierten, denen geholfen werden soll, veröffentlicht, zu Solidaritätsbekundungen aufruft und dabei oft selbst zu den Prozessen reist. Neben der moralischen Unterstützung der Strafgefangenen stehen hierbei Aspekte wie die Prozessbeobachtung, die einseitige Berichterstattung durch die Medien sowie die Mobilisierung weiterer Unterstützer im Fokus. Falk verfolgt auch vor Ort und berichtet zu Prozessen gegen Syrienrückkehrer, die in Bayern verhandelt werden.

Im April 2020 veröffentlichte er auf seinem Youtube-Kanal „Falk Aktuell“ seinen eigenen Vortrag mit dem Titel „Bruder Falk über die Corona-Lektion des erhabenen-Allah“. Er stellt die Frage, was Allah den Menschen mit der Pandemie sagen wolle und interpretiert die Pandemie als deutliches Beispiel für den Willen Allahs, der damit den Westen wegen seiner „Asozialität“ angreife, die er auch denjenigen Muslimen unterstellt, die sich mit den Muslimen in Palästina, mit den inhaftierten „Gelehrten“ in Saudi-Arabien und mit den inhaftierten Muslimen in Deutschland nicht solidarisch zeigen. Aufgrund fehlender „internationaler Solidarität“ möchte Allah laut Falk, dass die Menschen unter Zwang das *social distancing* erleben. Dass die USA als „imperialistische“ Macht hohe Infizierten- und Todesopferzahlen zu beklagen haben, nutzt er als Beleg für seine Thesen. Ebenso sei der Warenhandel, der auf Zins und Zinseszins basiere, ein weiterer Grund für die Corona-Krise. Der Lockdown im saudi-arabischen Mekka zeige den Zorn Allahs, weil viele Muslime lukrative Geschäfte mit Pilgerfahrten machten, aber keinerlei Hilfestellung für seine salafistische Gefangenenhilfe leisteten.

Falk sieht in der Krise jedoch auch Vorteile, so z.B. die Maskenpflicht, die er als „Vermummungsgebot“ bezeichnet, weil nun die Diskriminierung der verschleierten muslimischen Frau hinfällig werde. Weitere Vorteile sieht er in der derzeitigen Schwächung der westlichen Kriegsführung gegen die „islamische Widerstandsbewegung“, die Muslime nun nutzen sollen. Sie sollen die Ungläubigen gut beobachten und sich militärstrategische und taktische Gedanken über die Errichtung eines islamischen Staatswesens machen.

Aufrufe zu Spenden

Im Übrigen nutzen salafistische Moscheegemeinden die Krise, die mit vorübergehenden Schließungen von Moscheen einherging, zu Spendenaufrufen. Auch hier wird die Corona-Pandemie als Prüfung gedeutet, die Muslime zu besonderer Glaubensanstrengung nutzen sollten. Spenden seien hierbei ein Baustein. So initiierte die dem salafistischen Spektrum zuzurechnende „Föderale Islamische Union e. V.“ (FIU) unter dem Vorsitz von Marcel Krass im April 2020 einen Fonds zur „Rettung der Moscheen in Deutschland“. Begründet wurde die Einrichtung des Fonds mit dem Rückgang von Spendeneinnahmen aufgrund der behördlichen Schließung der Moscheen und der damit einhergehenden Finanzierungsprobleme. Stand Anfang Juni sind laut Webseite der FIU Spenden in Höhe von über 65.000 Euro eingegangen. Auch der ebenfalls dem salafistischen Spektrum zuzurechnende Verein „Ansaar International e. V.“ ruft im Rahmen eines Hilfsplans zu Spenden auf.

Die Corona-Krise könnte die jihadistische Gefahr vergrößern

Für die Sicherheit westlicher Staaten stellt derzeit weniger die von Jihadisten vorgenommene propagandistische Umdeutung der Corona-Pandemie eine Gefahr dar, sondern vielmehr die Schlussfolgerung, die Islamisten aus der aktuellen globalen Krise ziehen. Die Corona-Pandemie hat Jihadisten aufgezeigt, wie verwundbar Staaten, Gesellschaften und die Weltwirtschaft angesichts einer Pandemie sind.

Zum einen erhofft sich etwa der IS, von der Corona-Pandemie dadurch zu profitieren, dass bereits mehrere europäische Staaten militärische Kontingente, etwa zur Ausbildung der kurdischen Peschmerga, aus dem Irak zurückgezogen haben, um ihre Kräfte keinem erhöhten Infektionsrisiko auszusetzen. Dies könnte das Wiedererstarken des IS zusätzlich fördern. Überdies könnte der IS den Rückzug westlicher

Truppen zusätzlich im Sinne einer sakralen Vorsehung der Pandemie und ihrer Auswirkungen propagandistisch umdeuten. Bereits Ende März 2020 hatte der IS seine Anhänger dazu aufgerufen, für den bewaffneten Jihad zu spenden und die Corona-Krise für Anschläge in Europa zu nutzen.

Vor dem Hintergrund der offensichtlichen Vulnerabilität westlicher Staaten angesichts der aktuellen Pandemie könnte ein altes Bedrohungsszenario neue Aktualität entfalten: der Bioterrorismus. Insbesondere Jihadisten dürften nun einen neuen Anreiz verspüren, in den Besitz von Biowaffen zu gelangen. Vor der Gefahr terroristischer Anschläge mit Biowaffen warnte im Mai 2020 der Ausschuss des Europarates zur Terrorismusbekämpfung. Gleichwohl wurde betont, dass keine unmittelbare Bedrohung vorliege.

Angriffe mit biologischen Kampfstoffen stellen für Jihadisten eine realistischere Option dar. Dass seitens jihadistischer Akteure entsprechende Pläne bestehen, zeigt der Fall eines im Juni 2018 festgenommenen jihadistischen Salafisten tunesischer Abstammung aus Köln-Chorweiler. Dieser hatte aus online beschafften Rizinussamen erfolgreich eine erhebliche Menge des unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fallenden Toxins Rizin hergestellt. Des Weiteren hat er sich von Mitgliedern des IS bei der Herstellung eines Sprengsatzes zur Verbreitung des Giftstoffs instruieren lassen. Hierbei handelte es sich um den ersten Sachverhalt in Deutschland, bei dem jihadistisch motivierte Täter biologische Waffen herstellten. International handelte es sich jedoch nicht um ein Novum. Bereits in den 2000er Jahren probte al-Qaida mit biologischen Kampfstoffen wie Rizin und Milzbranderreger, erlangte jedoch zu keiner Zeit die Fähigkeiten, diese für terroristische Anschläge einzusetzen.

5. Hizb Allah Betätigungsverbot und Auswirkungen auf Bayern

Mit Verfügung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) vom 26. März 2020 wurde die Vereinigung „Hizb Allah“ (deutsch: Partei Gottes) mit einem



Betätigungsverbot belegt, das am 30. April verkündet und umgesetzt wurde. In diesem Zusammenhang kam es in Berlin, Bremen und Nordrhein-Westfalen zu vereinsrechtlichen Durchsuchungsmaßnahmen.

Die „Hizb Allah“ ist eine auf Initiative des Iran gegründete schiitische Organisation, die als politische Partei seit 1992 im libanesischen Parlament vertreten ist. Sie wird vom Iran finanziell, materiell und ideologisch unterstützt. Als politische Partei kann sie vor allem aufgrund ihres sozialen Engagements auf die Unterstützung ärmerer Bevölkerungsschichten zählen. Daneben verfügt die „Hizb Allah“ aber nach wie vor über militärische Einheiten, die insbesondere im Süden Libanons unabhängig von der libanesischen Staatsgewalt agieren. Eine Entwaffnung dieser Miliz gemäß UN-Sicherheitsratsresolution 1559 aus dem Jahr 2004 gelang bisher nicht und wird von der „Hizb Allah“ selbst vehement abgelehnt. Im Mai 2008 gestand das libanesische Kabinett der „Hizb Allah“ offiziell „das Recht zum Widerstand gegen Israel“ zu. Einheiten der „Hizb Allah“ kämpfen seit 2013 zudem auf der Seite des syrischen Präsidenten Bashar al-Assad im syrischen Bürgerkrieg. Unterstützung erfahren die Kämpfer dabei vor allem vom Iran. Ebenfalls seit 2013 wird die „Hizb Allah Miliz“, der militärische Arm der Vereinigung, auf der Terrorliste der Europäischen Union geführt. In Deutschland werden der „Hizb Allah“ etwa 1.050 Anhänger zugerechnet, die sich in circa 35 Moscheevereinen organisieren.

Das Betätigungsverbot der „Hizb Allah“ ist damit begründet, dass die Tätigkeit der Vereinigung Strafgesetzen zuwiderläuft und sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet.

Bereits Ende September 2019 hatte die Bundesregierung ihren Kurs gegenüber der „Hizb Allah“ verschärft, indem sie dem Generalbundesanwalt eine allgemeine Strafverfolgungsermächtigung gegen die Unterstützung der Aktivitäten der Vereinigung in Deutschland erteilt hatte. Der Generalsekretär der „Hizb Allah“, Hassan Nasrallah, verurteilte das Betätigungsverbot in einer Rede am 4. Mai 2020 als politisch motiviert und warf der Bundesregierung vor, sich den USA „zu unterwerfen“. Das Verbot sei Teil eines israelisch-amerikanischen Kriegs gegen „den Widerstand“ und diene den Hegemonialbestrebungen beider Mächte in der Region. Nasrallah bestritt, dass die „Hizb Allah“ in Deutschland überhaupt aktiv sei und verurteilte den „Überfall“ auf Moscheen und Vereinszentren als unverhältnismäßig.

In Bayern konnten bis dato keine Reaktionen seitens schiitisch geprägter Moscheevereine auf das Betätigungsverbot festgestellt werden.

Die in Berlin ansässige „Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands“ (IGS) veröffentlichte am 2. Mai 2020 auf ihrer Webseite eine Pres-

semitteilung, in der sie die durchgeführten Exekutivmaßnahmen während des Monats Ramadan aufs Schärfste verurteilte und ankündigte, „alle rechtlichen Möglichkeiten in Betracht zu ziehen und den Mitgliedern die notwendige Unterstützung zu gewähren“.

Überblick der Zahlen aus dem Bereich Salafismus - Ausreisethematik

Deutschlandweit	
Salafisten insgesamt	Ca. 12.150 Personen
ausgereiste Personen	Mehr als 1.070 Personen (<i>davon etwa 1/4 Frauen</i>) <i>Überwiegender Teil zum Zeitpunkt der Ausreise jünger als 30 Jahre</i> ¹
Rückkehrer nach Deutschland	Etwa ein Drittel (davon rechtskräftige Verurteilungen im mittleren zweistelligen Bereich)
Aktive Teilnahme am Jihad oder Ausbildungslager	Über 100 Rückkehrer
in Syrien verstorben	Mehr als 260 Personen (<i>keine behördliche Bestätigung</i>)
behöndl. Ausreiseverbotsverfügungen	im niedrigen dreistelligen Bereich

Bayernweit	
Salafisten in Bayern	Ca. 770 Personen davon ca. 20 % gewaltorientiert ²
Personen mit Ausreisebezug ³	118 Personen <u>Anteil Minderjähriger</u> : etwa 10% <u>Frauenanteil</u> : 20%
- tatsächliche Ausreisen ⁴	77 Personen
- Rückkehrer	29 Personen (davon 20 ⁵ nach Bayern)
- Rückkehrer mit Kampfbezug ⁶	6 (davon 5 mit Aufenthalt in Bayern)
- in Syrien verstorben	14 Personen (keine behördliche Bestätigung)
- behöndl. tatsächlich verhinderte Ausreisen	im niedrigen zweistelligen Bereich

Anmerkung: Die Zählung erfolgt seit 2012. Alle Zahlen unterliegen tagesaktuellen Veränderungen.

¹ Erfasst werden vom BfV nur Minderjährige, die mindestens 14 Jahre alt sind.

² gewalttätig, gewaltbereit, gewaltunterstützend, gewaltbefürwortend

³ Zu diesen Personen liegen Erkenntnisse vor, dass sie in Richtung Syrien bzw. Irak gereist sind, dies planen, planen oder dort agierende islamistisch terroristische Gruppen in sonstiger Weise unterstützen.

⁴ Personen, die seit 2012 aus Bayern in Richtung Krisengebiet ausgereist sind, um mutmaßlich auf Seiten jihadistischer Gruppierungen an Kampfhandlungen teilzunehmen oder sich für deren Ziele anderweitig einzusetzen.

⁵ Hierzu zählt eine Person, deren Ausreise nicht aus Bayern erfolgte, die aber nach der Rückkehr aus dem Krisengebiet aktuell ihren Wohnsitz in Bayern hat.

⁶ Zu diesen Rückkehrern liegen Erkenntnisse vor, die den Schluss nahe legen, dass sie sich an Kampfhandlungen in Syrien oder im Irak beteiligt haben.



Cyber- und Spionageabwehr

- **Erhöhte Gefährdungslage während Covid-19-Pandemie im Cyberspace machen sich auch staatliche Akteure zunutze**
- **Die Cyberabwehr Bayern und das beim BayLfV angesiedelte Cyber-Lagezentrum haben ihre erste Feuerprobe absolviert und gezielte Präventionsmaßnahmen auf den Weg gebracht**

Cyberrelevante Gefährdungsszenarien im Zusammenhang mit der aktuellen Corona-Krise

Vor dem Hintergrund der aktuellen Corona-Krise ist grundsätzlich davon auszugehen, dass systemrelevante Infrastrukturen aller Art ins Visier geopolitisch motivierter Cyberakteure geraten können. Dies gilt insbesondere für Kritische Infrastruktureinrichtungen (KRITIS) sowie grundsätzlich auch für staats- und gesellschaftsrelevante Kommunikations- und Informationsinfrastrukturen.

Bislang liegen keine Hinweise vor, dass bayerische Strukturen und Einrichtungen von derartigen Angriffen unmittelbar betroffen wären. Gleichwohl sind verschiedene Gefährdungsszenarien speziell im Zusammenhang mit der Corona-Krise vorstellbar. Diese umfassen zum einen Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen und Einrichtungen, denen im Rahmen der Pandemiebekämpfung eine hervorgehobene Bedeutung zukommt. Zum anderen stellen angesichts des aktuell erhöhten Nachrichten- und Kommentaraufkommens in den sozialen Netzwerken auch digitale Desinformations- und Meinungskampagnen einen möglichen Angriffsvektor dar.

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) stellt Präventionsangebote zur Spionageabwehr sowie zur Abwehr elektronischer Angriffe bereit. Einen Schwerpunkt bildet hierbei die Arbeit des Cyber-Allianz-Zentrums Bayern (CAZ). Seit dem 1. Januar ist das CAZ Mitglied des neugegründeten Kooperationsgremiums „Cyberabwehr Bayern“ (CAB).

Angriffsziel I: Kritische Infrastrukturen und Gesundheitssektor

Die aktuelle Krisenlage im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie stellt eine erhebliche Gefährdung der IT-Sicherheit Kritischer Infrastrukturen sowie anderer gesellschaftsrelevanter Infrastrukturen dar. Diese Strukturen weisen in der Regel einen hohen digitalen Vernetzungsgrad auf und unterliegen somit generell einem erhöhten Angriffsrisiko. In Krisenzeiten stellen sie für sicherheitsgefährdende Be-



Bild oben: picture alliance, Fotograf: Klaus Ohlenschläger

strebungen jedoch besonders attraktive Angriffsziele dar, da ihre Beeinträchtigung bzw. ihr Ausfall enorme Konsequenzen für die öffentliche Ordnung und Sicherheit hätte. Hinzu kommt, dass die pandemiebedingte weitläufige Schaffung spontaner –

häufig improvisierter – IT-Lösungen, etwa im Bereich der Telearbeit oder des Homeschoolings, eine Vielzahl von öffentlichen Behörden, Unternehmen und Bildungseinrichtungen erheblichen Cybersicherheitsrisiken aussetzt.

In besonderem Maße betrifft die aktuelle Gefährdungslage den Gesundheitssektor. Diesem kommt angesichts der Corona-Krise eine besondere Relevanz hinsichtlich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu. Die kurzfristige Schaffung zusätzlich erforderlicher IT-Kapazitäten erhöht auch hier das Gefährdungsrisiko und erleichtert potentielle Angriffe, die auf die Verschärfung der aktuellen Krisenlage ausgerichtet sind.

Bislang liegen keine Informationen über staatlich gesteuerte Cyberangriffe oder diesbezügliche Angriffsversuche auf bayerische Stellen und Kritische Infrastruktureinrichtungen vor. Die Mehrzahl der auch im internationalen Kontext festgestellten Cybervorfälle weisen bislang einen vorwiegend cyberkriminellen Charakter auf. Dennoch haben bereits staatliche Stellen weltweit vor einem erhöhten Sicherheitsrisiko im Cyberbereich im Zusammenhang mit der globalen Corona-Krise gewarnt. Das US-amerikanische FBI und die für Cybersicherheit zuständige „Cybersecurity

and Infrastructure Security Agency“ (CISA) des US-Heimatschutzministeriums haben am 13. Mai u. a. vor chinesischen Cyberangriffen gegen Forschungseinrichtungen, die sich mit der Corona-Pandemie befassen, gewarnt. Auch das neuseeländische „Government Communications Security Bureau“ (GCSB) veröffentlichte zeitgleich einen Warnhinweis vor internationalen Cyberakteuren. Zwar sei eine Betroffenheit neuseeländischer kritischer Infrastruktur durch Cyberangriffe mit Bezug zu COVID-19 derzeit nicht bekannt, dennoch sei die frühzeitige Sensibilisierung potenziell betroffener Institutionen erforderlich.

Nicht zuletzt angesichts einer nach wie vor fragilen internationalen Sicherheitslage ist die Ausnutzung der Corona-Pandemie im Rahmen von fremdstaatlich motivierten Cyberangriffen als ein generell realistisches Szenario zu bewerten. Es ist durchaus vorstellbar, dass auch bayerische Stellen in diesem Zusammenhang betroffen sein können. Das CAZ hat daher im Rahmen seiner Beteiligung an der CAB dazu beigetragen, diesbezüglich adäquate Abwehrstrategien für mögliche Cybersicherheitsfälle zu entwickeln und Analyse- und Koordinierungsstrukturen des Freistaats zu optimieren. Es wurde ferner eine Reihe konkreter Präventionsmaßnahmen realisiert.

Im besonderen Fokus der Maßnahmen des CAZ und der CAB standen dabei die Einrichtungen des Gesundheitssektors. Die Teilnehmer des CAB stimmten am 20. März 2020 eine großflächige Sensibilisierungsmaßnahme ab, bei der sämtliche Landratsämter, Stadtverwaltungen sowie potenziell gefährdete Kliniken und Krankenhäuser über konkrete Bedrohungen ihrer IT-Systeme durch im Umlauf befindliche Schadsoftware aufgeklärt wurden.

Konkreter Anlass für diese Maßnahme war ein Sicherheitsvorfall an einer Klinik in der tschechischen Stadt Brno/Brünn. Die Klinik war Opfer eines erfolgreichen Ransomware-Angriffs geworden, der den kompletten Klinikbetrieb lahmlegt hatte. Von besonderer Brisanz war die Tatsache, dass die betroffene Klinik u. a. eines der größten Labore der Tschechischen Republik für die Untersuchung von Coronavirusproben betreibt. Erkenntnissen des Bayerischen Landeskriminalamtes (BLKA) zufolge, wurde bei dem Angriff ein neuartiger Modus Operandi verwendet, bei dem die Schadsoftware in elektronischen Patientenakten versteckt war. Bislang wurde in Bayern kein erfolgreicher Ransomwareangriff mit diesem Modus

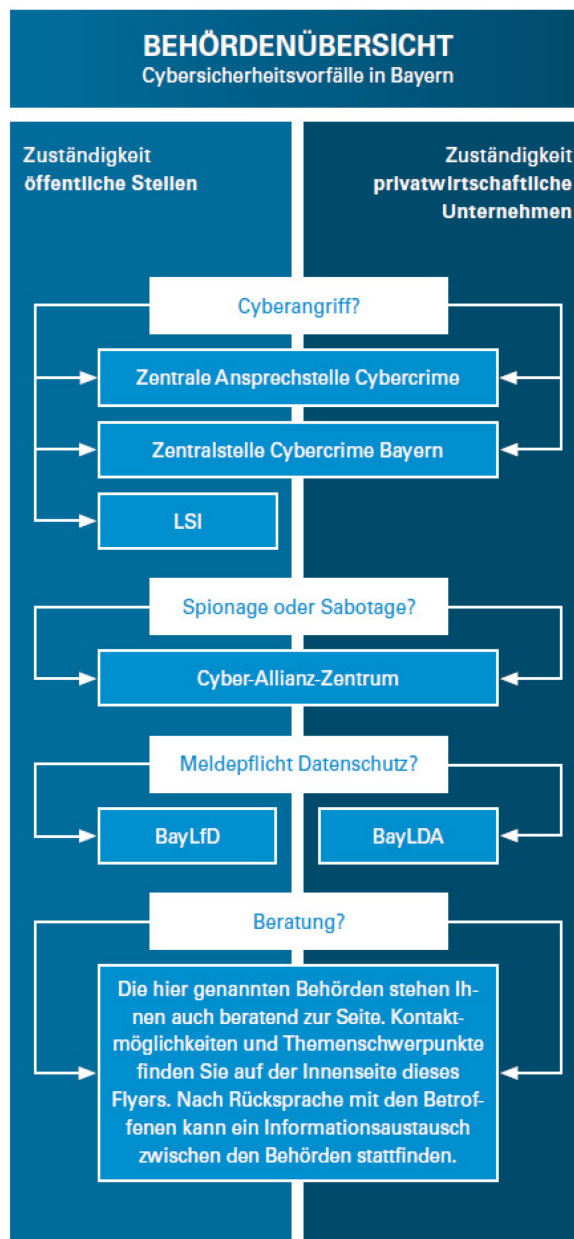
Operandi bekannt. Ziel des CAZ und des CAB ist es, weiterhin mögliche Angriffsmodi und -ziele frühzeitig zu identifizieren sowie betroffene Zielgruppen im Rahmen einer engen und vertraulichen Zusammenarbeit zu sensibilisieren.

Die Cyberabwehr Bayern (CAB)

Die CAB wurde mit Wirkung vom 1. Januar als Informations- und Koordinationsplattform für die bayerischen Behörden und Einrichtungen mit Cybersicherheitsaufgaben durch Ministerratsbeschluss der Bayerischen Staatsregierung vom 5. November 2019 ins Leben gerufen.

Zu den beteiligten Behörden und Mitgliedern gehören das Cyber-Allianz-Zentrum Bayern (CAZ) des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz (BayLfV), die Zentrale Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) des Bayerischen Landeskriminalamts (BLKA), die Zentralstelle Cybercrime Bayern (ZCB) der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg, das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI), der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz (BayLfD) sowie das Bayerische Landesamt für Datenschutzaufsicht (BayLDA).

Zur Sicherstellung der organisatorischen und administrativen Abläufe und als zentrale Anlaufstelle für die an der CAB beteiligten Behörden und Einrichtungen wurde das Cyber-Lagezentrum (CLZ) beim BayLfV eingerichtet.



Angriffsziel II: Kommunikations- und Informationsstrukturen

Vor dem Hintergrund der aktuellen Corona-Krise stellen auch geopolitisch motivierte Angriffe auf staats- und gesellschaftsrelevante Kommunikations- und Informationsinfrastrukturen ein prinzipielles Gefährdungsszenario dar.

Diese können in Form von großangelegten Des- und Missinformationskampagnen gesellschaftliche Diskurs-, Informations- und Meinungsbildungsprozesse nachhaltig beeinträchtigen. Gerade in Zeiten einer allgemeinen Krise und Verunsicherung kann dies negative Folgen auf die öffentliche Sicherheit und die staatliche Krisenkommunikation haben. Langfristig kann es je nach propagandistischer Stoßrichtung der Kampagnen zu einer Zunahme der gesellschaftlichen Polarisierung, Ausformung radikaler Einstellungen sowie grundsätzlich dissoziativen Effekten im Verhältnis von Staat und Gesellschaft kommen. Ziel fremder Staaten kann es dabei u. a. sein, durch die Verursachung solcher öffentlichen Ausnahmesituationen, Entscheidungs- und Handlungsräume von betroffenen Regierungen und Verwaltungen derart zu verengen, dass sich Gelegenheitsfenster zur ideologischen und wirtschaftlichen Einflussnahme und zur langfristigen Durchsetzung eigener geopolitischer Interessen ergeben.

Aus dem Bereich der Spionageabwehr des BayLfV liegen derzeit keine Erkenntnisse im Hinblick auf komplexe Desinformations- und Einflusskampagnen vor, die sich gezielt gegen Bayern bzw. dessen Regierung und Regierungsmitglieder richten würden. Nichtsdestotrotz ist zu beobachten, dass einige internationale Akteure ihre informationspolitischen Maßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie deutlich intensiviert haben und sich hierbei auch Mitteln der Desinformation, Propaganda und auch der digitalen Einflussnahme bedienen.

Chinesische Stellen versuchen etwa, im Rahmen einer anscheinend großangelegten internationalen Medienkampagne die Rolle Chinas als Ursprungsland des Virus zu relativieren und das Land vor der Weltöffentlichkeit als verlässlicher internationaler Partner und besonnener Krisenbewältiger darzustellen. Auch unmittelbare Einflussnahmeversuche auf deutsche staatliche Stellen sowie Journalisten und Medienschaffende waren diesbezüglich feststellbar.

Russische Desinformationsversuche waren im Zusammenhang der deutschsprachigen Berichterstattung russischer Staatsmedien, u. a. von „RT Deutsch“ und „Sputniknews“ ebenfalls feststellbar. Hier wurden vor allem zu Beginn der Pandemie und anlässlich der ersten staatlich verordneten Sicherheitsvorkehrungen die deutschen Behörden und Regierungsakteure explizit in ein schlechtes Licht gerückt und die Bedrohungslage durch die Corona-Pandemie heruntergespielt.

Nicht zuletzt haben führende soziale Netzwerkbetreiber im Zusammenhang mit der Corona-Krise staatlich intendierte digitale Desinformationsstrukturen und -Kampagnen aufgedeckt und darüber berichtet.

Am 12. Juni berichtete der Micro-Blogging-Dienst Twitter über die Sperrung von mehr als 170.000 chinesischer Konten, die manipulative Inhalte und Nachrichten, u. a. auch zur Corona-Pandemie, systematisch verbreitet haben sollen. Twitter löschte nach eigenen Angaben ferner 7.340 türkische sowie 1.152 russische Konten, die manipulative Inhalte und Botschaften zugunsten der türkischen bzw. russischen Regierung verbreitet hätten.

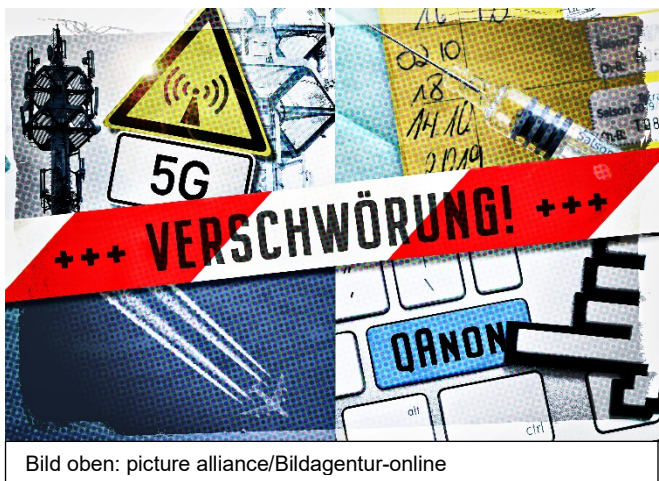
Bereits im April hatte das Unternehmen Facebook ein russisches Propagandanzentrum bestehend aus mehreren Dutzend Facebook- und Instagram-Konten und -Seiten aufgedeckt und gesperrt. Über die Konten des Netzwerks wurden Desinformations- und Propagandabeiträge in russischer, englischer, deutscher, spanischer, französischer, ungarischer, serbischer, georgischer, indonesischer und in persischer Sprache geteilt und verbreitet.

Reichsbürger und Selbstverwalter

- **Verschwörungsmychen von Reichsbürgern finden infolge der Corona-Krise größere Verbreitung**

Reaktionen innerhalb der Reichsbürger-Szene auf die Corona-Pandemie

Reichsbürger und Selbstverwalter wiesen bereits vor der Corona-Pandemie eine



besondere Affinität zu Verschwörungsmychen auf.

Durch die Corona-Pandemie sehen sie sich nun in ihrer Sichtweise bestätigt, zugleich finden die von ihnen verbreiteten und geteilten Verschwörungsmychen eine größere Reichweite.

Zu den Ursachen, der Ausbreitung und den Folgewirkungen des Corona-Virus werden in diesem Phänomenbereich Fake-News verbreitet, die mit verschwörungsmychischen Elementen verwoben werden. Behauptet wird beispielsweise, es handle sich bei Covid-19 um eine gezielt entwickelte Krankheit mit dem Ziel, die Weltbevölkerung zu dezimieren. Das Virus sowie ein Impfstoff dagegen wären bereits patentiert. In einer anderen Lesart werden der Verbreitungsgrad sowie die Letalität des Virus in Frage gestellt. Den handelnden Politikern wird vorgeworfen, Bürger- und Freiheitsrechte ohne rechtliche Grundlage einschränken zu wollen. Ein kriegsähnlicher Zustand würde erzeugt werden, indem Angst und Schrecken manipulativ verbreitet würden, um Recht und Gesetz außer Kraft zu setzen. Die Einschränkung der Bürgerrechte wird in diesem Zusammenhang als strategisches Element eines bestehenden Plans, initiiert von „geheimen Mächten“, zur Entrechtung der Menschen in Deutschland gedeutet. Die zu erwartende wirtschaftliche

Rezession in Folge der Pandemie wird als im Plan vorgesehenes notwendiges Element gedeutet, damit die Mehrheit der Menschen in Deutschland eine Entmündigung billigend in Kauf nimmt. Auch der Verschwörungsmythos „QAnon“ („Q“) findet in der Reichsbürger-Szene seinen Niederschlag und wird auf verschiedenen Foren diskutiert. Reichsbürger und Selbstverwalter sind in einzelnen Fällen Anhänger des „Q“-Mythos (s. hierzu Textblatt Rechtsextremismus).

Beim Thema Impfungen handelt es sich bereits seit Längerem um einen Diskussionsgegenstand innerhalb der Reichsbürgerszene, der in Verbindung mit der Corona-Pandemie nun besonders in den Fokus gekommen ist. Über das Thema Impfkritik kann es Reichsbürgern auch gelingen, eine Schnittmenge herzustellen mit einer milieufremden Klientel, die sich ebenfalls gegen Impfungen ausspricht. In Teilen der Szene wird des Weiteren behauptet, die Hauptmotivation für die geplante Corona-Virusimpfung sei die Injektion eines Chips zur vollständigen Überwachung der Menschen.

Im Zusammenhang mit der Impfkritik bemühen Reichsbürger in Teilen ein weiteres verschwörungsmythisches Element, das die 5G-Mobilfunktechnik betrifft. Die Ablehnung der 5G-Technologie als vermeintlich gesundheitsschädlich wurde bereits seit einiger Zeit u.a. auf Webseiten mit Reichsbürgerbezug diskutiert oder als Mobilisierungsthema für Veranstaltungen genutzt. Im Zuge der Pandemie wird allerdings auch ein Zusammenhang zwischen 5G-Sendemasten und dem Ausbruch von Covid-19 hergestellt.

Darüber hinaus wird teilweise in der Szene davon ausgegangen, dass der Einsatz von Überwachungschips durch angebliche Corona-Schutzimpfungen erst durch die Verbreitung von 5G-Technologie funktionsfähig wird. So ist beispielsweise



Screenshot oben: BayLfv

auf dem YouTube-Kanal der deutschlandweit aktiven Gruppierung „Staatenlos.info – Comedian e.V.“ der angebliche Zusammenhang zwischen 5G und dem Corona-Virus Gegenstand von Diskussionen.

In der virtuellen Welt erweisen sich Reichsbürger im Zusammenhang mit der Pandemie als umtriebig, verbreiten Fake-News, Verschwörungsmymen und vermarkten szenetypische Dokumente und Urkunden, um der vermeintlichen staatlichen „Entrechtung“ durch Ausgangsbeschränkungen und ähnliche Maßnahmen entgegenzuwirken. Realweltlich nehmen Reichsbürger in Bayern nur vereinzelt an Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Corona-Thematik teil.



Verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit

- Die islamfeindliche Szene nutzt Corona-Pandemie zur Agitation gegen Muslime
- Protagonisten der islamfeindlichen und rechtsextremistischen Szene nehmen gemeinsam an „virtuellen Abendspaziergängen“ teil

Michael Stürzenberger nimmt an „virtuellem Abendspaziergang“ teil

In Reaktion auf die Beschränkungen öffentlicher Veranstaltungen im Zuge der Corona-Pandemie veranstaltete der Initiator der „PEGIDA-Bewegung“, Lutz Bachmann mehrere sogenannte „virtuelle Abendspaziergänge“. Dabei übertrug er je-



weils eine Videokonferenz mit mehreren Teilnehmern als Live-Stream auf seinem YouTube-Kanal. An diesen Videokonferenzen nahmen Protagonisten sowohl der rechtsextremistischen als auch der verfassungsschutzrelevanten islamfeindlichen Szene teil.



Screenshot links: BayLfV

So nahmen am 13. April neben Bachmann unter anderem auch Martin Sellner, der führende Aktivist der rechtsextremistischen Identitären Bewegung (IB) im deutschsprachigen Raum, und Michael Stürzenberger, die zentrale Person der verfassungsschutzrelevanten islamfeindlichen Szene in Bayern, teil. Unter dem Titel „2. Virtueller Pegida-Spaziergang“ wurde über die Veranstaltung im Nachgang auch auf dem Weblog pi-news berichtet. Das YouTube-Video wurde bislang rund 16.500 Mal aufgerufen (Stand: 08.06.2020).

Zentrales Thema der Videokonferenz am 13. April war die Corona-Pandemie und die behaupteten Reaktionen des migrantischen Bevölkerungsanteils auf die staatlichen Eindämmungs-Maßnahmen. Die Teilnehmer äußerten in ihren Beiträgen mehrfach, dass die aktuellen Ausgangsbeschränkungen und weitere Maßnahmen von Migranten nicht in gleichem Maß befolgt werden würden, wie dies bei „*Einheimischen*“ der Fall sei.

Martin Sellner agitierte gegen das vorgebliche Verhalten von Migranten und prognostizierte „*bürgerkriegsähnliche Zustände*“, falls der Staat auch „*bei diesem Klientel*“ Quarantänemaßnahmen durchsetzen wolle. Michael Stürzenberger thematisierte ebenfalls das vermeintliche Fehlverhalten von Migranten. Muslimen, die er in diffamierender Absicht als „*Gruppe der Rechtgläubigen*“ bezeichnet, unterstellte er dabei, ein „*eigenes Gesetz*“ (gemeint: der Koran) zu befolgen und sich nicht an die staatlichen Regelungen zu halten. Dabei wertete er die von ihm dargestellte Situation als „*Vorboten des großen Jihad*“ in Deutschland. Um seine Wertung zu untermauern, verwies Stürzenberger auf angebliche Vorfälle, bei denen sich „*Muslime*“ nicht an gesetzliche Vorschriften zur Eindämmung der Ausbreitung des Corona-Virus gehalten hätten.

Die „virtuellen Pegida-Spaziergänge“ sind als Versuch der Verantwortlichen zu werten, auch in Zeiten der Corona-Krise und der damit verbundenen Einschränkungen öffentliche Sichtbarkeit zu erzeugen. Dies gilt insbesondere für Michael Stürzenberger, dessen Außenwirkungsstrategie in hohem Maße auf der Durchführung öffentlicher Kundgebungen basiert, von denen er anschließend Videos auf der Onlineplattform YouTube veröffentlicht.

Stürzenberger nutzt die „virtuellen Abendspaziergänge“ vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie zur Fortsetzung seiner bekannten islamfeindlichen Agitation. In typisch islamfeindlicher Weise unterstellt er Muslimen, sich aufgrund ihres Glaubens grundsätzlich nicht an deutsche Gesetze und folglich auch nicht an die jeweils



13.04.2020 Zweiter Virtueller Abendspaziergang
16.607 Aufrufe · Live übertragen am 13.04.2020

MAG ICH MAG ICH NICHT TEILEN SPEICHERN ...



LUTZiges Lutz Bachmann
20.400 Abonnenten

ABONNIEREN

Screenshot oben: BayLTV

Schau. Auf diese Weise suggeriert er, dass allein der muslimische Glaube ursächlich für derartiges Verhalten sei. Muslime werden somit allein aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit als Gefahr für die innere Sicherheit und die Gesundheit jedes Einzelnen pauschal diffamiert.

Darüber hinaus bestätigt Stürzenbergers Teilnahme an der Videokonferenz dessen anhaltende Nähe und Verbindung zum Rechtsextremisten Martin Sellner. Während sich Stürzenberger in der Vergangenheit von Personen und Organisationen distanziert hat, die von den Verfassungsschutzbehörden der rechtsextremistischen Szene zugerechnet werden, verzeichnet das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz seit 2018 vermehrt positive Äußerungen Stürzenbergers zur rechtsextremistischen Identitären Bewegung und insbesondere zu Martin Sellner. In einem Beitrag auf pi-news vom 22. April hat Stürzenberger diese Haltung nochmals bekräftigt. Darin beschreibt er Martin Sellner als „*intelligent und friedliebend*“ und lobt die IB für „*nachweislich kreative, geistreiche und strikt gewaltfreie Aktionen*“.

geltenden Kontaktbeschränkungen zu halten. Um diese Behauptung zu untermauern, stellt er dabei anhand von im Video gezeigten Bildmaterial vermeintliches individuelles Fehlverhalten von angeblichen Muslimen öffentlich zur